

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Telefon: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Telefon: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgen- und Nachmittagsausgabe bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Samstag, den 24. November 1918

Nummer 17

Unerbittlichkeit der Gegner.

Ein neuer Protest.

An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note geschickt worden:

Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Präsident Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von den Grundrissen des Rechts und der Gerechtigkeit und von dem Wunsche einer anständigen Verständigung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Erniedrigung geworden.

Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen, so sollen doch schwererwiegende Lasten dem Chaos und der Anarchie preisgegeben. Unsere feierlichen Proteste gegen diese der Menschlichkeit hochsprachende Verfahren sind ungehört verhallt. Man die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet worden sein, dem Deutschen Reich die Wiederherstellung der Selbstbestimmtheit unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr sticht, denn das deutsche Volk will die Selbstbestimmtheit nicht wiederherstellen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Verbrechen gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluss ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf die Verarmung und Vernichtung des deutschen Volkes!

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Waffenstillstand herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedensvertrag den Anfang machen wollen.

Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gebeten und ermittelten deutschen Truppen durch Nichterfüllung der unersättlichen Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für eine Fortsetzung des Krieges.

Wenn der Friede als ein Rechtsfriede geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in den rechtlich kritischen Fragen nicht vorgegriffen werden.

Die deutsche Regierung muß diesem von dem Präsidenten aufgestellten Grundsatz gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Orléans-Verträgen getroffenen Maßregeln, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nicht-deutschen Verbündeten des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Deutschen, nichts anderes sind, als Verbrechen, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzuziehen.

Gegen alle diese Verbrechen, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses, legt die Deutsche Regierung den schärfsten Protest ein. Aus der Erkenntnis, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, es wird nicht aufhören, zu leben und sein Recht zu fordern.

gez. S. 11.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Spann, 21. November. In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Rubant mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission enthaltenen Vorschläge der Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere also eine Verlängerung der Räumungstermine, abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an der Hand der Karte und unter Angabe von Zahlen angeführt wurde, daß es technisch und durchführbar sei, in den fest-

gesetzten Fristen eine Armee von über 800000 Mann in Ordnung auf den Schienen und engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Rubant, daß er bezügliche Mitteilungen künftig nicht mehr entgegenzunehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unänderlich.

General Winterfeldt verlas hierauf die Protokolle.

Der künftige Zentralrat.

Der Volkswahrat des Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rates wird, soweit es sich um die Erledigung der ihm provisorisch für das ganze Gebiet der Republik ausstehenden Geschäfte handelt, durch Mitglieder aus dem Reich ergänzt. Die von der Vertretung der Arbeiter- und Soldaten-Räte der nichtpreussischen Bundesstaaten zu wählen sind. Die näheren Bestimmungen über die Wahl dieser Delegierten und deren Verteilung auf die Einzelstaaten sind der einberufenen Delegiertenkonferenz der Bundesstaaten zu überlassen.

Der Volkswahrat des Arbeiter- und Soldaten-Rates Groß-Berlin.

(gez.) Richard Müller, Molkenbühr.

Erklärungen Oberis.

Berlin, 23. November. Der Volksbeauftragte Oberis äußerte sich heute abend gegenüber dem Berliner Vertreter der „West-Zeitung“ über die Einberufung der Nationalversammlung folgendermaßen:

„In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. November hat sich die Regierung für die Berufung einer konstituierenden Versammlung erklärt, die auf Grund des gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengebracht werden soll. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wir an dieser Auffassung auch heute noch entschlossen festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeiter- und Soldatenräten aus dem ganzen Reich und aus den besetzten Gebieten und von Gewerkschaften und Parteiorganisationen Hunderttausende in großer Anzahl zugewandert, die sich alle entschieden gegen eine Diktatur und für die Berufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen. Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche Wahlrecht gekämpft, gegen der Vorkriegsdevise: „Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben.“

Die Vorbereitungen für die Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Berufung der Nationalversammlung nicht überstürzen. Zur Zeit fluten unsere Truppen von allen Fronten zurück. Gleichzeitig vollzieht sich eine gewisse Verschiebung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter. Hier muß erst wieder eine gewisse Festigkeit einreten, damit auch wirklich alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber nach wie vor der Meinung, daß die Nationalversammlung sobald wie möglich berufen werden soll, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen. Für meine Partei handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. Ich bin fest überzeugt: Für Deutschland ist die geistgebende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.“

Militärische Anordnungen.

Aus dem heutigen Tagesbefehl der Kommandantur Berlin entnehmen wir, daß die Beobachterskommandanturen wiederholt darauf hingewiesen werden, den Offizieren zu empfehlen, im Interesse der Ruhe und Ordnung Rangausstellungen und Waffen in Berlin abzugeben.

Staatsaufträge für die Industrie.

Von Atlanticus.

Ueber Deutschland ergießen sich in diesen Tagen etwa acht Millionen Feldgrauen, die ihren Kriegsberuf mit dem Zivilberuf vertauschen. Davon finden nur 1 1/2 bis 2 Millionen ohne weiteres wieder in Landwirtschaft Unterkunft, vielleicht noch 1 bis 2 Millionen in Industrie, Handel und Gewerbe. Für vielleicht die Hälfte ist vorläufig keine Unterkunft da! Das heißt, es ist von oben herab dekretiert worden, daß ein jeder dahin zurückbefördert, in den Betrieb wieder eintreten soll, den er bei der Mobilisierung verlassen hat. Das ist leichter dekretiert als durchgeführt. Da sind zunächst die vielen kleinen Meister, die zunächst einfach gar nichts anfangen können, weil ihr Betrieb aufgelöst ist, die Landwirtschaft sich verlaufen hat, sie auch keine Rohstoffe bekommen können. Da sind die vielen, deren Posten im Kriege von Frauen eingenommen sind, die auch nicht ohne weiteres anderweitig untergebracht werden können. Und von denjenigen, die in großen Unternehmungen untergebracht werden, muß ein großer Teil auf baldige Kündigung geacht sein. Denn wenn die Industrie sie dauernd beschäftigen sollte, müßten doch die internationalen sowohl als die inneren, nationalen Handelsbeziehungen auf den Stand von vor dem 1. August 1914 wiederhergestellt werden. Das ist aber doch unmöglich! Unsere auswärtigen Handelsbeziehungen sind zertrümmert, sie fehlen uns die meisten Rohstoffe zur schnellen Wiederaufnahme der Fabrikation. Wie soll da eigentlich die Industrie arbeiten, womit soll sie die wieder einbestellten Feldgrauen beschäftigen, wovon sie bezahlen? An alledem kommt ja noch, daß die Munitionsindustrie stillgelegt ist, also auch da eine Unmenge (1 bis 2 Millionen?) bisher Erwerbstätige auf Pfaster geworfen sind.

Es bleibt unter solchen Umständen wirklich nichts übrig, als daß der Staat in großzügigster Weise an die Industrie, in erster Linie an die Schwerindustrie, Aufträge verleiht und unverzüglich eine ganze Reihe von Vantenn in Auftrag nimmt! Dadurch hilft er der Industrie über den sonst unausbleiblichen Zusammenbruch hinaus und schafft die Vorbedingungen für eine erprießliche Mehrproduktion im Inlande. An die Ausgaben darf man sich nicht stoßen! Man muß sie auf das Konto der Kriegsausgaben schreiben. Sollen wir noch diesen Winter „durchgehalten“, so wären uns sowieso Mehrausgaben in der Höhe von 25 bis 30 Milliarden Mark erwachsen. Obfern wir diese einmal für den Neuaufbau der Volkswirtschaft, so haben wir zugleich aufbauende, produktive, schöpferische Arbeit geleistet, nicht, wie bisher im Kriege, zerstörende Höllearbeit.

Selbstverständlich darf nicht in leichtfertiger Weise nach der Parole: „Geld spielt keine Rolle“, wie bisher im Kriege, draußlos aerüstet werden, sondern nur das Gebaut, was einen vernünftigen Zweck hat! Aber es gibt ja außerordentlich viel schöne, zweckmäßige, produktive Arbeit! Da müssen zunächst die Eisenbahnen erst wieder ordentlich in Stand gesetzt werden! Der ganze Oberbau ist stark reparaturbedürftig; er ist im Kriege immer und immer wieder notdürftig in Stand gehalten worden! Eine Menge Schienen und Kleinlokomotiven müssen ausgetauscht werden, sämtliche Wagen und Lokomotiven gründlich nachgesehen und ausgebessert werden. Die Brücken, Durchlässe und Tunneln müssen ebenfalls genau geprüft werden!

Neue Linien, für die fertig ausgearbeitete oder nahezu fertige Pläne vorliegen und deren gibt es eine Menge, müssen schleunigst in Angriff genommen werden. Es verschlägt wirklich nichts, eine oder zwei Milliarden für Eisenbahnreparaturen und Neubauten in kürzester Frist zu verausgaben — diese Ausgaben müßten allmählich doch gemacht werden!

Die größte Aufgabe, die uns bevorsteht, ist die Elektrifizierung der Eisenbahnen. Diese kann leicht 5—6, auch 10 Milliarden kosten, aber sie bringt so große Vorteile mit sich, daß diese Ausgaben als durchaus produktiv angesehen werden können. Auch da liegen schon einige fertige Pläne vor, die vor dem Kriege nicht ausgeführt werden durften, weil die Militärovernahme förmlicherweise ihr Veto eingelegt hätte! Die elektrischen, die Elektrizitätswerke könnten im Kriege, so wie die durch feind-

Alle Flugbomben zerstört werden! Als ob dies auch nicht für sämtliche Brücken, Tunnels, Wasserwerke geübt hätte. Die vollständige Fliegergefahr hat sich dann als minimal herausgestellt — aber die Militärverwaltung selbst hat sich viel leichter um den Sieg gebracht: wären unsere Bahnen elektrifiziert gewesen, so hätte der Aufmarsch zu Kriegsbeginn mindestens um ein Drittel schneller vor sich gehen können. . . .

Unsere Maschinenfabriken könnten voll beschäftigt werden, wenn wir für die Elektrifizierung der Eisenbahnen und eine Umstellung der Landwirtschaft zur Mehrbenutzung von Maschinen Staatsaufträge erteilen.

Für die Landwirtschaft können wir ruhig 30 000 bis 40 000 Motorpflüge oder aber 10 000 Dampfpflüge und 20 000 Motorpflüge bestellen. Wir müßten sie dann allerdings lediglich zu den Selbstkosten vermieten, weil die meisten Landwirte sich keine anschaffen können. Jedenfalls könnte man auf diese Weise mit Leichtigkeit ein Drittel bis ein Viertel der Seppone sparen, damit das für die Ernährung des Spanviehs nötige Futter zu ein Drittel dem Kuhvieh zukommen lassen, also sofort mehr Milch und mehr Fleisch produzieren!

Auch für Lastwagen, insbesondere landwirtschaftliche Lastwagen, könnte der Autobetrieb platzgreifen, sobald wie der Staat ganze Serien Autowagen billig bauen läßt und sie zum Selbstkostenpreise vermietet. Alsdann weitere Ersparnis an Fuhrlohn, Aufnahme an Ruckvieh möglich. Man bedenke, daß unsere Pferde uns ein volles Drittel der deutschen Getreidernte (die gesamte Haferernte) und dazu vielleicht die Hälfte, mindestens zwei Fünftel bis ein Drittel der Getreidernte wegessen. Dieses Nahrungsmittel verzehrende Produktionsmittel, das Pferd, durch die Eisen und Kohle verzehrende Maschine zu ersetzen, muß unsere nächste höchste Aufgabe sein — denn dadurch sparen wir Arbeit, geben der Industrie Beschäftigung und gewinnen Nährstoffe.

Eine wichtige Aufgabe ist die Errichtung von Stickstoffwerken. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat die Errichtung einer für die Düngereisen im Kriege genügenden Anzahl Ammoniak- und Kalziumstickstoffwerke verhindert, weil es befürchtete, daß sich dann nach dem Kriege ein Ueberangebot an Stickstoffdünger einstellen würde und die Dividenden der Stickstoffwerke sinken könnte. Bisher schon ließ man das deutsche Volk hungern, indem man der Landwirtschaft einen Bruchteil des früheren Stickstoffdüngerverbrauchs zuteilte und sie dadurch zur Erabsetzung ihrer Produktion zwang. Fürwahr eine Kette von Ueberhand, Arbeit und Profitgier, bzw. Dividendenhunger, durch die sich die alte Bureaucratie selbst das Grab gegraben hat. Es wäre dringend notwendig gewesen, die Stickstoffdüngereisen für den deutschen Acker zu verdoppeln und zu verdreifachen, um nämlich den Ausfall an natürlichem (Stalldünger) wett zu machen, der durch das Aufhören von etwa acht Millionen Tonnen Krostfüttermittelfuhr entstand. Aber soweit dachte man eben nicht.

Seute können wir ruhig Stickstoffwerke für 3-4 Millionen Tonnen Ammoniak- und Kalziumstickstoffherzeugung bauen; wir werden dadurch die Möglichkeit erhalten, unseren gesamten Nahrungsbedarf im Inlande zu erzeugen; damit der Industrie die Möglichkeit geben, für gesicherten Inlandabsatz zu arbeiten. Allerdings gehört zu dem Mehr an Stickstoffdüngerverwendung ein Mehr an Kali und Phosphor. Kali besitzen wir genügend selbst, beim Phosphor sind wir vom Auslande, insbesondere Amerika, abhängig, sofern es uns nicht gelingt, wenigstens die Phosphatminen in der Südde, Rumru, Kasanru, Ocean, für die Zwecke wirtschaftlicher Nutzung zurückzuerhalten.

Unendlich wichtig ist, daß unsere Eisenwerke arbeiten können, daß die Schmelzen nicht ausgeblasen zu werden brauchen. Kohle und Hoß haben wir genug — wie steht es mit dem Vorrat an Eisenerz? Darüber sollten doch Veröffentlichungen erfolgen. Vor dem Kriege haben wir aus rechtsrheinischen Eisenerzen kaum über 2 Millionen Tonnen Eisen produziert bei 17 bis 19 Millionen Tonnen an gelamter Roheisenerzeugung. Werden wir die lothringischen Minettefelder weiter abbauen dürfen? Das ist die schwerwiegende Schicksalsfrage für die deutsche Eisenindustrie. Eine Einfuhr von 8 bis 10 Millionen Tonnen Erze werden wir noch wie vor kaum umgehen können. Aber dazu brauchen wir erst die Aufhebung der Blockade. Daher schleuniger Präliminarfrieden!

Zum Ausgleich zwischen Deutschen und Polen.

Von Georg Ledebour.

Wieder die Zustände in unseren Ostprovinzen sind in letzter Zeit Mitteilungen verbreitet worden, die den Anschein erwecken, als ob Zusammenstöße zwischen den Deutschen und Polen zu erwarten oder gar unvermeidlich seien. Diesen Trübereien gegenüber ist folgendes festzustellen:

Dem Volksgesetz wurden von Soldaten, die von den Soldatenräten der Ostfront herbeigeführt wurden, sowie von Parteigenossen aus Polen und anderen Städten der Ostprovinzen berichtet, daß alle jene Meldungen erfunden oder stark übertrieben sind. Allerdings habe die Einrichtung des A. O. R. Heimatschutz-Ost nicht nur bei den Polen, sondern auch bei der deutschen Bevölkerung Befürchtungen erweckt, daß die geplanten Truppenformationen zu kriegerischen Maßnahmen gegen die Polen verwendet werden sollten. Am Aufklärung und eine eventuelle Verständigung über beruhigende Maßnahmen herbeizuführen, begab sich am 19. November Genosse Ledebour mit drei Abgesandten ostlicher Soldatenräte in das Kriegsministerium. An der Besprechung nahmen teil der Kriegsminister, der Unterstaatssekretär Göhre, Generalmajor von Briesberg, Major von Willisen u. a. Von unserer Seite nahmen an der Besprechung noch teil das Mitglied des Volksgesetzes Wegmann, ein Abgesandter des Soldatenrates Warschau und zwei Abgesandte des Soldatenrates Thorn.

Auf unsere Vorstellungen, daß die Einrichtung des A. O. R. Heimatschutz beunruhigend gewirkt habe, wurde erwidert, daß keinerlei Feindseligkeiten gegen die Polen damit bezeugt seien; ebensowenig solle diese militärische Organisation konterrevolutionären Plänen dienen. Wir betonten, daß die Absichten der Militärverwaltung die besten sein müßten, es komme aber auf die Wirkung der Maßregeln an. Die Anwerbung eines Freiwilligenkorps unter Beiseiteziehung der regulären Truppen müsse bewirrend wirken. Notwendig sei es, Vereinbarungen mit den Polen zu treffen, daß bis zum Friedensschluß

der gegenwärtige Zustand aufrechterhalten und alle Feindseligkeiten vermieden würden.

Von den beiden Soldatenräten aus Thorn wurde darauf hingewiesen, daß von ihrer Seite selbständig ein hinreichender Grenzschutz nach vorheriger Verständigung mit den Polen geschaffen worden sei. Würde in der nämlichen Weise überall an der Grenze so verfahren, so seien keinerlei Zusammenstöße zu befürchten. Vom Kriegsminister wurde die Nachahmung dieses Thorer Beispiels durchaus anerkannt. Ebenso fanden die übrigen von uns gemachten Vorschläge durchweg die Zustimmung des Kriegsministeriums. Sie liegen auf folgendes hinaus:

Um die gewaltsame Besitzergreifung bisher preussischer Gebiete durch die Polen vor Friedensschluß zu verhindern, und durch Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen die Lebensmittelversorgung aus jenen Provinzen sicherzustellen, ist durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung mit der polnischen Regierung in Warschau zu erwirken, für die dann auch die Zustimmung der Vertreter der Polen in Polen und Oberschlesien einzuholen ist. Die Vereinbarung muß darauf hinausgehen, daß im Friedensschluß auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Bevölkerung jener Gebiete die Entscheidung über ihre künftige Staatszugehörigkeit anheimgegeben wird.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Rückführung der zur Zeit noch in Polen verbliebenen deutschen Truppen nach Möglichkeit zu erleichtern und zu beschleunigen; ebenso auch die Durchsiedlung der an noch in der Ukraine stehenden Soldaten durch das polnische Gebiet.

Dem gegenüber verpflichtet sich die deutsche Regierung, in gleicher Weise die polnischen Truppenteile des bis zum Waffenstillstand in Lothringen stehenden österreichischen Korps schleunigst durch deutsches Gebiet in ihre Heimat zurück zu transportieren. Ebenso ist den für Deutschland angeworbenen polnischen Arbeitern die sofortige Heimreise zu ermöglichen.

Der Grenzschutz wie der Heimatschutz im Osten ist nach dem Thorer Vorbilde durch die bestehenden Truppenformationen durchzuführen; wünschenswert ist es, daß auch von polnischer Seite zum Grenzschutz polnische Truppenteile abkommandiert werden. Weitere Anwerbungen für das A. O. R. Heimatschutz-Ost haben zu unterbleiben. Die geringfügige Anzahl der bisher angeworbenen Freiwilligen ist im Rahmen der bestehenden Truppenformation zu verwenden.

Wie bereits bekannt geworden ist, sind zum weiteren Ausbau dieser Vereinbarung bereits Regierungsgesandter nach Polen und Oberschlesien entsandt. Diese Veröffentlichung dient dem Zweck, die Verständigung zwischen Deutschen und Polen zu fördern. Sie liefert gleichzeitig den Beweis, wie heilsam das Eingreifen der Soldatenräte im Interesse des Friedens ist und wie nutzbringend die Soldaten ihre an Ort und Stelle gewonnenen Erfahrungen für das Gemeinwohl zu verwerten wissen.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Die den deutschen Unterhändlern von den Entente-Militärs vorgelegten Waffenstillstandsbedingungen konnten durch die Einwendungen der deutschen Vertreter nur in einzelnen Punkten gemildert werden. Was schließlich als Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet wurde, blieb für Deutschland außerordentlich hart und grausam. Wie drückend die Bedingungen der Entente für Deutschland waren, zeigte sich besonders, nachdem mit der Durchführung der aufgestellten Forderungen begonnen worden war.

Man versuchte, nun nachträglich noch weitere Milderungen des Vertrages zu erreichen. Aber alle Vorstellungen blieben bisher erfolglos. Die Wünsche auf Erleichterung der für die Uebergabe von Material und Transportmitteln gestellten Bedingungen, auf Verlängerung der Marschzeiten usw. wurden ablehnend beschieden. Und die deutschen Unterhändler berichteten sogar, daß die Vertreter der Franzosen in den Unterkommissionen in Spaa vielfach Forderungen stellten, die noch weit über die getroffenen Vereinbarungen — zu Deutschlands Ungunsten natürlich — hinausgingen.

Es wird von einer mißtrauischen, geschäftigen Art der Behandlung wohl begründeter deutscher Wünsche berichtet. Und Hindenburg hielt es für nötig, in einem Telegramm der Meinung Ausdruck zu verleihen, daß die Franzosen sich möglicherweise „Rechtswittel“ für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen“ wollten. Damit soll wohl gesagt sein, daß ihre Absicht auf ein rücksichtsloses Ueberdrehen der im Waffenstillstand festgelegten Grenzen, ein unbelümmertes Vordringen in Deutschland gerichtet wäre.

Es mag dahingestellt bleiben, wieviel bei diesen Meldungen und Berichten grundloses Mißtrauen, wieviel bewußte Uebertreibung und vielleicht auch die Absicht ist, in Deutschland eine Panikstimmung zu erzeugen, die reaktionären Plänen und Maßnahmen günstig sein könnte. In jedem Fall ist wohl zuzugeben, daß der Geist des Militarismus, wie die ganze Haltung der Entente, besonders der Franzosen, während der Waffenstillstandsverhandlungen zeigt, sich im Verlauf des Krieges auf der anderen Seite tief eingegraben hat. Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn man bei den Gegnern von gestern nicht mehr Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands hat und den ernststen Willen der neuen Regierung zu einer Politik der Verständigung der Völker nicht besser anerkennt.

Noch häufigere und dringlichere Bitten an die militärischen Machthaber der Entente versprechen nach den gemachten Erfahrungen wenig Erfolg. Man kann nur an die öffentliche Meinung, an die breiten Proletariatschichten in den alliierten Ländern, vor allem auch in Frankreich, appellieren, daß sie auf ihre Machthaber einen Druck ausüben, der einer ergebnislosen Durchführung des Waffenstillstandes zugute kommt. Es müßte von den Sozialisten Englands und Frankreichs angestrebt werden, daß sie Einfluß auf die militärischen Verhandlungen und Abmachungen erlangen; sie müßten zum mindesten eine lebhaftere Agitation gegen die Chauvinisten und Machtpolitiker in ihren Ländern entfalten, die heute dort nur allzu sehr die Oberhand haben.

Man darf wirklich glauben, daß man in Deutschland ohne Hintergedanken befreit ist, im Rahmen des Möglichen den Forderungen der Entente gerecht zu werden. Man soll sich drüben nicht irreführen lassen durch Alarmnachrichten, die über die Verhältnisse ein falsches Bild geben. Zuverlässige Berichte be-

sagen, daß sich der Krieg durchaus in Ruhe und Ordnung zugleich mit möglicher Beschleunigung vollzieht. Man darf doch nicht übersehen, daß jetzt neue Kräfte die Macht in Deutschland gewonnen haben. Die jetzige Regierung hat das größte Interesse daran, keine neuen Konflikte heraufzubeschwören.

Als Beweis dafür kann auch eine Anordnung der neuen Regierung gelten, die jetzt bekannt wird. Die Oberste Heeresleitung hat an alle Truppenteile die Weisung erlassen müssen sich auf keinen Fall mit den nachrückenden Franzosen in Feindseligkeiten einzulassen, auch dann nicht zu schießen, wenn von der anderen Seite irgendwelche Kampfhandlungen begonnen werden sollten. Die Oberste Heeresleitung hat inzwischen geantwortet, daß dieser Befehl nachdrücklich überall zur Kenntnis gebracht worden sei und Beachtung finden werde. Man kann das Verhalten der Regierung nur billigen und möchte daraus die Hoffnung ziehen, daß es nicht nur zur Vermeidung neuer Blutergießens beiträgt, sondern darüber hinaus auch bewirkt, daß man im Ausland das Bestreben, der neuen deutschen Regierung auf möglichst rasche und angemessene Durchführung des Waffenstillstandsvertrages besser als bisher würdigt.

Rotterdam, 23. November. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Die schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin ersucht wird:

1. um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden.
 2. Das Zusammenziehen einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll.
- Demgegenüber wird betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im engen Zusammenhang mit den übrigen Alliierten zu verhandeln.

Politische Uebersicht.

Die Panikmache.

Sollte man, wenn man die deutsche Presse liest, nicht glauben, daß in Berlin alles drunter und drüber geht, daß hier der Terror wüthet und der Bürgerkrieg die Straßen durstobte? Und Berlin ist beinahe so ruhig, wie nur je in Friedenszeiten und denkt wirklich nicht an Terror in irgend einer Form.

Auch nicht daran, das Reich zu vergewaltigen. Deshalb entbehren auch die vielen Kundgebungen, die Soldatenräte aus der Provinz an die Volksbeauftragten richten, der Grundlage.

Der Berliner A. und S.-Rat hat durchaus nicht die Absicht, die souveräne Gewalt irgend länger als unbedingt erforderlich zu behalten. Sobald die Verkehrsverhältnisse gestatten, werden die Delegierten der A. und S.-Räte aus dem Reich einberufen werden, um den Zentralrat zu bilden. Wir wünschen alle seine „Diktatur“ Berlins, vielmehr die möglichst enge Verbindung mit dem ganzen Reich.

Zur Verubigung wird auch die Antwort beitragen, die der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung dem heftigen Staatsministerium auf seine bezorgten Vorstellungen gegeben hat. Sie lautet:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Wir denken, die Vertreter der Einzelstaaten werden sich durch den Wagnischein ebenso wie durch den Lauf der Verhandlungen überzeugen können, daß für ihre Befürchtungen kein Grund vorhanden ist.

Dann wird auch hoffentlich die Drohung mit der Zerreißung Deutschlands ein Ende haben. Wir wissen, daß in manchen Gegenden Deutschlands noch starke partikularistische Tendenzen vorhanden sind und das alte preussische System hat ja wahrhaftig nicht verabsäumt, um diese Strömungen lebendig zu erhalten. Der neue Freistaat aber kann und will nicht daran denken, irgendeinen Landeskeil zu verewaltigen. So notwendig ihm vor allem in wirtschaftlichen Dingen die Einheit ist, so sehr wird die Durchführung voller Selbstverwaltung in möglichst großem Umfang auch jedem Teil sein, Recht auf Eigenart und Selbstbestimmung geben müssen. Kein Großpreußen soll Deutschland mehr sein, sondern die frei geeinte Gemeinschaft der deutschen Volksgenossen, die sozialistische Republik, die ein Glied des großen Völkerbundes werden wird.

Deshalb ist es ganz sinnlos mit dem Kinderfurch der „Berliner Diktatur“ die Provinz anzuzuregen. Nicht nur sinnlos, sondern auch in hohem Maße schädlich.

Man unterschätzt damit doch nur die Umtriebe der Gegenrevolution, die alles daran setzt, die Bevölkerung gegen die Volksregierung mit Mißtrauen zu erfüllen. Wagt man es noch nicht, ihren Willen zu verdrängen, so denunziert dafür um so eifriger ihre angebliche Ohnmacht. So macht man Stimmung für eine „starke Regierung“!

Dieses Spiel mitzumachen, müssen alle Sozialisten entschieden ablehnen und sich hüten, die Panikmache zu unterstützen. Dies ist um so notwendiger, als diese Uebertreibungen den Imperialisten und Militaristen der Entente-Länder den erhofften Vorwand bietet, ihre konterrevolutionären Pläne zu fördern. Es ist Verständigung an den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes, deren sich die Panikmacher schuldig machen.

Dem Alarmartikel des „Vorwärts“ über die Lokalisierungsbefehle des Rheinlands folgt rasch die Verteidigung. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt: Die Frage, ob im Rheinlande ernsthafte Bestrebungen im Gange seien, die auf eine Lostrennung der Rheinprovinz vom Reich abzielten, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz existiert bewußt und entschlossen ebenso wie die übrigen Länder im Reich ihre Unabhängigkeit von der fröhen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben, in der sie mehr als früher ihren Einfluß geltend zu machen gewillt ist.

Gewerkschaftliches.

Ausdehnung der Krankenversicherung.

Die Reichsversicherungsordnung sieht bei Betriebsbeamten und ähnlichen Angestellten, Handlungs- und Apothekergehilfen, Lehrern und Erziehern, Wägen- und Ordnungsgehilfen, sowie Schiffern eine Höchstgrenze des jährlichen Arbeitverdienstes vor, über die hinaus sie der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Diese Grenze, die jetzt 2500 Mark beträgt, erweitert sich bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen als durchaus unzureichend. Eine Verordnung des Reichs der Volksbeauftragten sieht sie daher bis auf weiteres auf 5000 Mark herauf. Gleichzeitig wird die erst durch die Reichsversicherungsordnung eingeführte Höchstgrenze des jährlichen Gesamteinkommens von 4000 Mark beseitigt. Über die künftige Selbstversicherung und die Weiterversicherung bei den Krankenkassen nicht fortbestehen dürfte.

Die neue Verordnung tritt am 2. Dezember 1918, d. h. mit dem Beginn einer Arbeitswoche in Kraft. Versicherungsbedingte, die während des Krieges infolge Ueberfahrens der angegebenen Höchstgrenzen aus ihren Kassen ausgeschieden sind, können sich binnen sechs Wochen nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften zur weiteren freiwilligen Versicherung bei ihrer Krankenkasse melden. Eine inzwischen trotz Ueberfahrens der Höchstgrenze tatsächlich fortgesetzte Mitgliedschaft soll nachträglich nicht mehr angefochten werden. Die bei der Ueberversicherungspflichtigen Personen sind von ihren Arbeitgebern rechtzeitig bei der Kasse anzumelden; doch ist die erstmalige Meldung bis zum achten Tage nach dem 2. Dezember 1918 verlängert worden.

Gegen die Ausschaltung der Arbeiterkräfte.

Eine Versammlung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Carl Flohe befaßte sich am Freitag mit der Besannung der Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats, wonach die Arbeitsverhältnisse lediglich durch die Vertreter der Gewerkschaften erledigt werden sollen. Gegen diese Besannung, die sich zur Beseitigung der Arbeiterkräfte führen müßte und tatsächlich zur Ausschaltung dieser durch die Unternehmer geführt habe, erbot die Versammlung einstimmig scharfes Protest. Die Versammlung beschloß ferner einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Bezahlung der Arbeiter für die zwei Revolutionsstage bewilligt ist.

Der Achttundentag in Bayern.

Der Ministerpräsident und der Minister für soziale Fürsorge der Republik Bayern veröffentlichen beachtenswerte Richtlinien zur Einführung des Achttundentages.

Überall dort, wo eine Steigerung der Produktion und Förderung des Verkehrs aus technischen Gründen mit durch mehrere Einheiten von Arbeitern möglich ist, sollen durch Verhandlungen der Gewerkschaften oder Arbeiterausschüsse mit den Betriebsleitungen Vereinbarungen herbeigeführt werden, die während der acht Stunden als Normalarbeitszeit gelten, darüber hinaus geleistete Arbeit als Ueberarbeit mit entsprechendem Zuschlag vergütet wird. Die Verteilung des achtstündigen Arbeitstages über die Woche soll derart sein, daß an den Sonntagen der Arbeitsschicht mittags erfolgt. Über 49 Wochenstunden hinausgehende Arbeitsstunden werden als Ueberstunden vergütet. Die Arbeitspausen werden nicht auf die Arbeitszeit angerechnet; ihre Zeitabnahme bleibt freier Vereinbarung von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Arbeitgebern überlassen. Für Bergbau, Hütten- und Zementbetriebe wird die Messung in den nächsten Wochen den übrigen deutschen Betrieben angeglichen. Die vielschach erhobene Forderung der achtstündigen Arbeitswoche erkennt die Regierung als berechtigt an und wird, sobald die jetzigen schwierigen Zeiten überwunden sind, auch die Forderung bereitwillig unterstützen. In den Betrieben, in denen schon eine kürzere Arbeitszeit besteht, darf keine Verschlechterung eintreten, auch dort wird das Bestreben nach Verbesserung von der Regierung anerkannt. Das gilt ganz besonders für die Handlungsgehilfen, Angestellten und Beamten.

Ueberhaupt ist die Regierung auf dem Standpunkt, daß dort, wo die Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft es gestattet, eine weitestgehende Befreiung der Arbeitszeit einzuführen hat und daß der Achttundentag in diesem Maße unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes.

An erster Stelle wurden die Enträge angenommen, die von der Verwaltung vorliegen, die eine regere Beteiligung am Verbandleben bezwecken und den Angestellten des Verbandes eine Rekrutierungsgelände von 25 Prozent bewilligen. Die Bekanntmachungen über Sitzungen und Versammlungen sollen in Zukunft nicht nur im "Vorwärts", sondern auch in der "Freiheit" und der "Neuen Bahn" veröffentlicht werden, und zwar regelmäßig in der Sonntagnummer. Einzelne Betriebe haben sich bis jetzt geweigert, die Revolutionskassen zu bezahlen und wollen erst die Entscheidung des Tarifamts darüber abwarten. Dagegen wird von der Verwaltung fürwärtiger Protest eingelegt; die Betriebe, die noch nicht gezahlt haben, sollen der Verwaltung nachgeholfen werden, damit diese die Zahlung erwirkt. In denjenigen Betrieben, in denen die achtstündige Arbeitszeit noch nicht durchgeführt ist, soll damit am Montag der Anfang gemacht werden. Die weitere Durchsetzung der Arbeitszeit am Sonntagabend wird weiterer Verhandlung vorbehalten. Es folgt eine lebhafte Auseinandersetzung über die Einführung der Akkordarbeit; die unbedingt notwendig ist, sowohl aus Rücksicht auf die Gesundheit des Arbeiters, als auch aus Rücksicht auf die aus dem Felde heimkehrenden arbeitslosen Kollegen. Ein Antrag, wonach die Verwaltung aufgesordert wird, deswegen mit dem Arbeitgeber-Schlichterband in Verbindung zu treten, wird einstimmig angenommen. Die Verhandlungen mit dem Vollzugsrat über die Arbeiterkräfte sind noch nicht abgeschlossen; es soll später über den Erfolg berichtet werden. Am Schluß wird die Wahl eines Beiraters zum Hauptvorstand angenommen; es wird mit großer Mehrheit Kollege Bärp gewählt.

Die Hausangehörigen sind von der Befehlsordnung befreit; für viele derselben sehr unangenehm, weil sie mit ihren Hausfrauen nicht mehr so umspringen können, wie früher. Aber mit dem Fortfall der Befehlsordnung können sich die Hausangehörigen nicht zufrieden geben; sie haben dieser Tage in einer großen Versammlung eine Reihe Forderungen erhoben. Zunächst wird die achtstündige Arbeitszeit verlangt, dann grundsätzliche Verbote der Hausarbeit nach 7 Uhr. Wer im Notfall nach 7 Uhr arbeiten muß, soll einen Ueberstundenlohn erhalten. Anstatt Monatslohn soll fester Stundenlohn gezahlt werden. Der feste Sonntaglohn soll eine alte Forderung, ebenso das Recht auf den Hausurlaub, es ist in der Tat nur billig, daß endlich die Hausangehörigen in menschenswürdige Verhältnisse kommen.

Die Hausangehörigen sind von der Befehlsordnung befreit; für viele derselben sehr unangenehm, weil sie mit ihren Hausfrauen nicht mehr so umspringen können, wie früher. Aber mit dem Fortfall der Befehlsordnung können sich die Hausangehörigen nicht zufrieden geben; sie haben dieser Tage in einer großen Versammlung eine Reihe Forderungen erhoben. Zunächst wird die achtstündige Arbeitszeit verlangt, dann grundsätzliche Verbote der Hausarbeit nach 7 Uhr. Wer im Notfall nach 7 Uhr arbeiten muß, soll einen Ueberstundenlohn erhalten. Anstatt Monatslohn soll fester Stundenlohn gezahlt werden. Der feste Sonntaglohn soll eine alte Forderung, ebenso das Recht auf den Hausurlaub, es ist in der Tat nur billig, daß endlich die Hausangehörigen in menschenswürdige Verhältnisse kommen.

geradezu unglaublicher Wagnis brachten die Reaktionen es auf 108 Stimmen, während die Liste der im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisierten und der ihm nachstehenden Angehörigen 1159 Stimmen erhielt. Von den 15 zu wählenden Ausschussmitgliedern stellt die Reaktion somit ein Drittel, während die übrigen 14 Mandate auf die Anhänger der Revolution entfallen. Die großzügige Aufführungsbildung des Zentralverbandes hat sich also in hohem Maße als erfolgreich erwiesen.

Groß-Berlin.

Note Fahnen heraus!

Endlich beginnt nun auch Berlin sich ein festliches Kleid anzulegen, um den heimkehrenden Kriegern einen herzlichen Willkommensgruß darzubieten. Indessen der Frontsoldat, der dem politischen Leben der Großstadt entrückt war, kann nach dem Stadtbilde, daß sich ihm offen darbietet, unmöglich erkennen, daß der alte preussische Militärstaat unwiderruflich zerstört und die freie sozialistische Republik durch Revolution geschaffen worden ist. Denn nur vereinzelt, fast schüchtern wagt sich das Wahrzeichen des Sozialismus, die rote Fahne, hervor, während Kaputtweiß-rote und schwarz-weiße Fahnen im mächtigen Ausmaß; sogar mit dem von Heinrich Heine so karlsbader verpöbelten Raubvogel, dem preussischen Adler, geziert, der Stadt Berlin das äußere Gepräge verliehen. Diese Fahnen aber waren das äußere Zeichen des geklärten Militärstaates! Man muß staunen, daß derartiges acht Tage nach der herrlichen Revolutionsnacht möglich ist! Wenn nur Gedanklosigkeit und Bequemlichkeit dazu veranlaßt hätten, so müßten die Fahnenbesitzer über die Bedeutung der Fahne und ihrer Farbe aufgeklärt werden. Ohne Mühe ließe sich aus dem schwarz-weiß-roten Fahnenrot rote Fahnen herrichten. Mehr als bloße Gedanklosigkeit dürfte aber wohl eine bestimmte Absicht mit dem Sissen der Fahnen des alten preussischen Militärstaates verfolgt werden — die Absicht der Demonstration gegen den Sozialismus! Und hieran eben erweist sich ein solches Verhalten der Soldatenrat als seine vornehmste Pflicht betrachten. Verschwinden die Fahnen des alten Regimes nicht von den Straßen Berlins, so werden die revolutionären Arbeiter und Soldaten sie einmütig befehlen. Sie haben keine Erfindungsbedürfnisse mehr! Die Standarte der sozialistischen Republik ist purpurrot wie das Herzblut. Darum: Note Fahnen heraus!

Der Magistrat gibt bekannt: Die Heimkehr der Berliner Truppen steht unmittelbar bevor. Mit Flaggen und Wimpeln sie zu begrüßen, wird allen Einwohnern tiefes Bedürfnis sein. Die Stadt Berlin hält es für ihre Pflicht, die Ankündigung der Soldaten Kasernen, Bahnhöfe und Durchzugsstraßen, soweit es in ihren Kräften steht, künstlerisch einseitig zu gestalten.

Darum Fahnen heraus! — Und alles, was dem Stadtbilde festliches Gepräge geben kann — Teppiche, Fahnen, Blumen und Grün!

Die Stadt Berlin beabsichtigt, neben den Reichs-, Landes- und Stadtfarben möglichst viele rote Flaggen, Wimpel- und Pänderklammern zu verwenden. Die Einwohnerlichkeit wird gebeten, in gleicher Weise zu verfahren.

Neue Zustände.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist im Gardejäger-Regiment in Potsdam der Befehl ergangen, die Rosarden und Treppen wieder anzulegen. Dasselbe wird der "Soldat-Anzeiger" unentgeltlich verteilt, andere Zeitungen werden nicht in die Kasernen hineingeschickt.

Der Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat sollte sich dieser Angelegenheit schleunigst annehmen und bei den Gardejägern nach dem Rechten sehen.

Soweit die Mitteilung, an deren Richtigkeit wir nicht zweifeln. Zur Doche Führung aber ging uns heute von anderer Seite die Mitteilung zu, daß unter Genosse seit gestern abend, also kurz nach seiner Entlassung spurlos verschwunden ist. Die Angelegenheit bedarf dringend der Aufklärung.

Die Zustellung der "Freiheit".

Bei der Billigkeit, mit der unser Blatt herausgegeben werden mußte, war eine Zustellung ins Haus bisher nur in einzelnen Fällen möglich. Jetzt sind aber die Vorbereitungen für eine geordnete regelmäßige Zustellung des Blattes an die Besteller soweit gediehen, daß es nur eine Frage von Tagen ist, bis unsere Freunde die Freiheit ins Haus gebracht erhalten. Solange wollen sich die Genossen noch gedulden und recht eifrig für einen großen Leserteil werden.

Der Preissturz für Zwiebeln.

In Nr. 272 des "Berliner Arbeiterblatt" vom 19. November 1918 lesen wir folgende Annonce:

Achtung!

Zwiebeln

Denner 2 M. 10 Pfd. 20 Pfd. unter 10 Pfd. wird nicht abgegeben. Rohmaterial ist mitzubringen. Abgabe erfolgt nur an Privathaushaltungen.

Da noch vor einigen Wochen Zwiebeln so gut wie gar nicht aufzutreiben oder nur "unter der Hand" zum Preise von 1—1,50 Mark — in einzelnen Fällen wurden sogar 2 M. gezahlt — das Bünd erhältlich waren, glaubten wir beim Lesen der vorstehenden Anzeige, daß hier ein überglückter Wirt eines "guten Freundes" vorzeige, der die Bevölkerung auf die großen Vorräte eines Schleichhändlers hinweisen will. Vorhändler warteten wir noch einige Nummern des Blattes ab und unser Interesse konzentrierte sich auf den Inzeratenteil, doch kein Protest gegen obige Annonce erfolgte. Wir müssen also annehmen, daß das Angebot auf Wahrheit beruht. Viele Dinge kommen ja leicht so mittelwellig zum Vorschein. Angst und Schrecken hat die Schleichhändlerrolle erlitten. Welche enorme Vorräte muß dieser Mann aufgeschleppt haben, wenn er sie jetzt öffentlich mit 2 Pfennig das Bünd anpreist. Worte sind zu schwach, um so ein schändliches Treiben anzugehen. Immerhin erscheint es notwendig, daß die zuständigen Behörden sich dieser Leute einmal näher ansehen.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, erklärt sich der pöhlische Zwiebelbesitzer aus der Tatsache, daß der Bedarf von Zwiebeln für Heeresverpflegung und besonders für bestimmte Marinebedürfnisse fortgesetzt ist. Das ist auch nur erklärlich, unerklärlich bleibt aber, warum bisher so außerordentlich hohe Preise gezahlt werden mußten, obwohl die Geschwulstigen heute keine anderen sind als wie früher. Die breiten Massen des Volkes sind eben wie immer in der nachherigen Weise gedrückt worden.

Lebensmittelnachrichten. In den Bezirken der Provinzialverwaltung Nr. 6, 8, 13, 23, 29, 34, 42, 44, 65, 66, 67, 68, 71, 80, 93, 94, 102, 107, 109, 112, 115, 116, 127, 137, 150, 142, 143, 150, 152, 158, 166, 172, 174, 176, 180, 184, 185, 188, 193, 204, 213, 218, 219, 226, 230, 231, 236, 238, 240, 241 beginnt der Verkauf der Kefel gemäß der Bekanntmachung vom 28. v. 1918, am Montag, den 25. d. Mts. Vom 9. November ab dürfen die in Berlin zugelassenen Kleinbändler mit Kundenkarten diese an Verbraucher nur abgeben, wenn die Verbraucher sich vorher beim Händler zur Kundenliste angemeldet haben.

Die Abschnitte E e und J J der Berliner Bezugskarte und die Abschnitte 193 und 201 der Charlottenburger roten Bezugskarte werden mit dem 9. Dezember ungültig.

Lebensmittelförderung in Potsdam. 300 Gramm Weizengrößen auf die Abschnitte 70, 72 und 73 der Lebensmittelliste im Laufe nächster Woche zur Verteilung. 100 Gramm Graupen oder Gerste, 100 Gramm Roggenmehl und 100 Gramm lose Suppen oder Suppenwürfel werden auf die Abschnitte 21, 22 und 23 der Lebensmittelliste für Jugendliche für Kaufleute in den hiesigen Verkaufsstellen abgegeben. Der Verkauf von Narmelode auf Abschnitt 78 der Lebensmittelliste wird fortgesetzt. Kartoffelverteilung. Die Wochenmenge beträgt 7 Pfund. In der Zeit vom Montag bis Mittwoch nächster Woche ist eine Kochanmeldung zum Bezug von Winterverratskartoffeln frei Haus bei den zuständigen Bezirkskommissionen zulässig. Berücksichtigt werden nur solche Einwohner, die noch nicht mit Winterverratskartoffeln versorgt sind. Die Vorratmenge beträgt pro Kopf 1 1/2 Zentner, der Preis für den Zentner 9.50 RM. Der Verbrauch wird empfohlen, von dieser Gelegenheit der nachträglichen Verteilung mit Vorratskartoffeln regen Gebrauch zu machen, da im Hinblick auf die behelfenden Transportverhältnisse für die Folge eine regelmäßige wöchentliche Verteilung mit Kartoffeln nicht mehr erfolgen können. Der Verkauf von Zwiebeln auf Abschnitt 78 der Lebensmittelliste wird fortgesetzt.

Gemeindevorwaltung und Arreste der Arbeiter und Soldaten. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Rahnsdorf hat den dortigen Bürgermeister seines Amtes entbunden. Die Ursache dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß die Tätigkeit dieses Mannes als nicht im Interesse der Gemeinde angesehen wird. Belastendes Material ist der zuständigen Staatsanwaltschaft eingereicht worden. — In Mariendorf wurde die zu Donnerstag anberaumte Gemeindevorversammlung ausgeschrieben, weil in einer sozialdemokratischen Versammlung angedeutet worden war, man würde die Tagung verhindern und die gewählten Vertreter zum Teufel jagen.

Berliner Gewerbebestimmungen. Aus der Statistik der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879 sollen wir alljährlich auch im Monat März 1919 an die der Industrie und dem Gewerbe sich bildende Jugend behufs ihrer weiteren Ausbildung Stipendien verteilt werden. Ein Stipendium kann nur solchen Personen gewährt werden, die in Berlin geboren und ortsbekannt sind oder mindestens die letzten 4 bis 5 Jahre ununterbrochen hierorts gewohnt haben. Die Gesuche um ein Stipendium sind schriftlich unter Beifügung eines schlagfertigen Lebenslaufes, der Schulunterweisung eines schlagfertigen Bescheinigungsuratoriums, Zeugnisse und sonstiger Zeugnisse dem unterzeichneten Kuratorium, Spanauer Straße 22 II, Zimmer Nr. 2 (Gewerbe-Deputation des Magistrats) in der Zeit vom 25. November 1918 bis 15. Januar 1919 einzureichen.

Die Stadt und das Märkische Elektrizitätswerk haben eine Verhandlung erzielt und gründen zusammen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Elektrizitätswerk Oberspreewald. An dem neuen Unternehmen sind Stadt und Märkisches Elektrizitätswerk je zur Hälfte beteiligt. Die Gesellschaft erwirkt von der Stadt das Recht der Versorgung des Vorkreisgebietes Nienowde Kraftwerk Oberspreewald und das dazu gehörige Netzgebiet. Die Stadtverordnetenversammlung ist in einer eingehenden Beschlusse um ihre Zustimmung ersucht worden.

Feine Leute mochten Einbrecher in der Gerichstraße 43. Sie drangen in die Etalagen des Kostverleibers Lehmann ein, schlachteten dort zwei Schweine und zwei Hammel ab und verschwand mit dem Fleisch, ohne daß man von ihrer ganzen Arbeit etwas hörte. Die Diebstahlverbrechen wurden in der Gerichstraße 43 in der Potsdamer Straße 18 beim. Sie haben 1200 RM. bares Geld, für 10000 RM. Schmuckstücke und drei Sparfläschchen über 5000, 1000 und 15000 RM. Des Einbruchs verdächtig ist ein entsprungenen Untersuchungsgefangener, der am Talort beobachtet worden ist. — Für 15000 RM. Anberaumung erhaltenen Ladeneinbrecher in der Turmstraße 37.

Pöhlische Sicherheitsbeamten haben gestern eine Frau in Tegele abel mitgeschleppt. Bei der Frau des Wirtshausbesizers Heintz in der Hauptstraße 33 erschienen vormittags um 11 Uhr zwei Männer in Soldatenkleidung ohne Waffen. Sie gingen schweigend durch den Laden und mehrere Zimmer bis in die Wohnkammer, in der sich die Frau gerade aufhielt. Hier erklärten sie ihr, sie seien beauftragt, nach militärischen Sachen zu schauen und auch ihre Räume daraufhin zu untersuchen. Die arbeitslose Frau ließ sie um so mehr gewähren, als sie derartige Sachen nicht im Hause hatte. Die beiden Soldaten durchsuchten dann eingehend alle Räume, fanden nichts und entfernten sich wieder. Erst nachmittags erfuhr die Frau, daß sie doch etwas "gefunden" und mitgenommen hatten, aber nicht militärische Sachen, sondern ihre eiserne Kaffeemaschine, die unter dem Bett gelanden hatte und mehrere Tausend Mark bares Geld und außerdem einen erheblichen Betrag an Schmuckstücken aller Art enthielt. Die Schwindler sind noch nicht ermittelt. Sie gehören aber zu den Elementen, die die wirklichen Sicherheitsbeamten in anstrengendem Dienst und mit großen Mühen festnehmen und die dann nachträglich von verzehnten Leuten mit Gewalt wieder befreit werden.

Das Opfer einer Gaskvergiftung ist wahrscheinlich eine 53 Jahre alte Frau Martha Sandow aus der Markstraße 32 geworden, die in ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde. Ein Arzt konnte zwar die Todesursache nicht bestimmen feststellen, vermutet aber Gaskvergiftung. Es liegt ein Unfall vor.

Ein falscher Konten wird von den hiesigen Sicherheitsbehörden gesucht. Der 23 Jahre alte Schlosser Reinhold Kessel war unter dem Namen eines Kontenbesizers einer hiesigen Fabrik nach Sülze in Mecklenburg gefahren, um dort bei einem Zimmermeister Ausbesserungen an der Beleuchtungsanlage vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit hat er diesem für 2000 Mark Kriegsanleihen und verschwand mit der Karte nach Berlin, um die Papiere hier zu Geld zu machen. Einige Stücke soll er auch bereits verkauft haben. Vor dem weiteren Anlauf der gesperrten Wertpapiere wird gewarnt.

Anstatt Bürgerrat Soldat. In Quedlinburg halten die Bürgerlichen zum Dienstag, den 19. November eine Versammlung einberufen, die sich mit der Bildung eines Bürgerrates für Quedlinburg beschäftigen sollte. Es kam aber anders, als es sich diese Ordnungsrufen von geistlichen und Republikanern von heute vorstellten. Die gutbesuchte Versammlung nahm nach lebhafter Aussprache mit großer Mehrheit folgende Entschlüsse an: "Die heute im Saale von Wasser lagende Bürgerversammlung erklärt, daß sie zu dem in einer Volksversammlung ordnungsgemäß gewählten und von dem Vollzugsrat, des Arbeiter- und Soldatenrates beauftragten Volksrat für Quedlinburg volles Vertrauen hat. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß der Volksrat bemüht und insonde ist, die Interessen aller Bürger Quedlinburg zu vertreten. Deshalb beschließt die Versammlung, von der Wahl eines Bürgerrates Abstand zu nehmen."

Eine Karl besuchte öffentliche Versammlung in Niederhagen sprach sich nach einem Referat des Genossen Max Peters entschieden gegen eine baldige Berufung der Nationalversammlung aus. Dagegen wurde der sofortige Beginn

der Sozialisierung der Produktionsmittel gefordert. Es wurden zahlreiche Aufnahmen in die Unabhängige Partei vollzogen.

Teaters - Baumschulenweg. Bekanntmachung. Zur Wahrnehmung der Geldanteile ist ein Mitglied der Volksbeauftragten im Rathaus, Zimmer Nr. 51, Neue Krug-Allee, händlg anzuweisen.

Allgemeine Kreiserversammlung. Am Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr, findet im Rheinisch-Westfälischen Eingang Potsdamer Straße 3, eine allgemeine Versammlung der Groß-Berliner Kreiserversammlung statt, in der die Wahl von Vertretern in den A. u. S. Rat sowie die Wahl eines sachverständigen Beirats vorgenommen werden soll. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Aus den Organisationen.

Unabhängige sozialdemokratische Partei Schöneberg. Sonntag, den 24. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr, in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 122: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag: „Wohin führen wir.“ Referent: Dr. Levy. Kassenschein erwünscht. Der Vorsitzende Genosse Friedr. Martens wohnt Ebersstraße 20; Kassierer Dörwald, Belgier Str. 27. Außerdem

nehmen noch Mitglieder aufnahmen und Abonnements auf „Die Freiheit“ entgegen: Karl Drems, Gustav-Müller-Str. 18, Franz Berg, Neustadt 16, und W. Weil, Merseburger Str. 7.

Der Vorstand des ersten Wahlkreises besteht aus folgenden Personen: 1. Vorsitzender: Schünna, Neue Friedrichstr. 108. 2. Vorsitzender: Sel. Köpfer, 31, vorne Laden, 1. Kassierer: Bittermann, Mischnerstr. 87. 3. Vorsitzender: Hoepfner, Karlgrafenstr. 54. 1. Schriftführer: Kiele, Weirstraße 15, 1 Tr. 2. Schriftführer: Weinberg, Klosterstr. 61/62, 2 Tr. Presskommission: Dr. Ludwig, 2, Nikolaisplatz 3, Schiedsgerichtskommission: Schilde, O 34, Gubenerstr. 48, Agitationsmitglied: Boiwode, O 11, Fruchtstr. 24, b. Wagner, Vertreterin d. Frauen: Dr. Schünna, Neue Friedrichstr. 108.

Zweiter Wahlkreis. Der Lesabend findet für den ganzen zweiten Wahlkreis diesmal gemeinsam statt und zwar am Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr bei Raucher, Gneisenaustr. 86. J. A.: Matzilde Barm.

Wochenplan der Berliner Theater

Erstaufführungen der Woche: Dienstag: Kleines Schauspielhaus: „Der Brand im Schauspielhaus“. — Donnerstag: Kleines Theater: R. „Hans im Schnakenloch“. **Spielplan der Berliner Bühnen:** Opern:

Haus: 24. „Tiefend“, 25. „Carmen“, 26. „Kassenball“, 27. „Meisterfänger“, 28. „Fidelio“, 29. „Sinfonie-Konzert“, 30. „Barbier von Sevilla“, 1. „Troubadour“, 2. „Lannhäuser“. — Schauspielhaus: 24. „Judasglode“, 25. „Beck und Co.“, 26. „Journalisten“, 27. „Judasglode“, 28. „Egmont“, 29. „Geimoi“, 30. „Judith“, 1. „Judasglode“, 2. „Nachmann“. — Deutsches Opernhaus: 24. 25. 26. „Barthol“, 27. „Dogenotto“, 28. „Postillon von Lonjumeau“, 29. „Mignon“, 30. „Carmen“, 1. „Troubadour“, 2. „Zar und Zimmermann“. — Deutsches Theater: 24. 2. „Kauf 1“, 25. 28. 29. 30. 1. „Kaufmann von Venedig“, 27. „Don Carlos“, 29. „Lebende Leinwand“. — Kammertheater: 24. 26. 28. 29. 1. „Sohn“, 25. 2. „Schleierhaufen“, 27. 30. „Rosmersholm“. — Veffingtheater: „Der Schöpfer“, 28. „Karlus von Keith“, 2. „Beck und Co.“ — Kleines Schauspielhaus: 24. 27. 30. 2. „Frühlingserwachen“, 25. „Geschlossen“, 26. 28. 29. 1. „Der Brand im Opernhaus“. — Theater i. d. Königgräber Str.: 24. 1. „Erdezeit“, 25. 28. „Hans im Schnakenloch“, 26. 2. „Rosmersholm“, 27. 30. „Hans Frankfurter“, 29. „Koblenz“. — Kleines Theater: „Adam, Eva und die Schlange“, 28. 30. 2. „Hans im Schnakenloch“. — Volksbühne: 24. 27. 30. „Kirchgarten“, 25. 26. 29. 30. 1. „Wilhelm Tell“, 28. „Roh für Was“, 2. „Komödie der Liebe“. — Schiller Theater: 24. 25. 27. 30. 2. „Daniel“, 26. „Das Konzert“, 28. „Der siebente Tag“, 29. „Volksfeind“, 1. „Pfarrer von Kirchfeld“.

Truppenempfang.

Die Truppen, die jahrelang den Heimatboden beschützt haben, kehren zu friedlicher Arbeit zurück. Die Gemeinden Groß-Berlins werden sie freudig und mit festlichem Schmuck empfangen.

Mitbürger, helft uns hierbei, beflaggt und bekränzt eure Häuser, gebt Liebesgaben und Geld zur Verteilung an die bedürftigen Kameraden! Der Flaggenempfang beginnt am Sonntag, den 24. d. Mts. und dauert einige Wochen. Der Schlußtag wird besonders bekanntgegeben. Die Anmeldung von Liebesgaben wird schriftlich erbeten an die Kommandantur von Berlin, Abteilung XXI (Truppenempfang), Berlin C. 2, Platz am Zeughaufe 1. Insbesondere darf erhofft werden, daß die Betriebe ihre als Weihnachtsfundungen für das Feld bereitgestellten Gaben den heimkehrenden Kriegern zuwenden.

Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, wollen sich an die genannte Abteilung der Kommandantur wenden.

Wegen der Sammlung der Geldspenden wird auf den untenstehenden besonderen Aufruf verwiesen. Die Verteilung der aus sämtlichen Groß-Berliner Gemeinden eingehenden Gelder wird gleichmäßig für alle in Groß-Berlin eintreffenden Truppen erfolgen.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Erste Kommandant.

Otto Wels.

Wir bitten euch Mitbürger:

Öffnet Herzen und Hände und gebt schnell und reichlich. Zur Annahme von Gaben für die heimkehrenden Krieger sind bereit:

Die Stadthauptkasse
die städtischen Steuerkassen,
Bank für Handel und Industrie,
Berliner Handelsgesellschaft,
S. Bleichröder,
Commerz- und Diskonto-Bank,
Delbrück, Schidler & Co.,
Deutsche Bank,
Diskonto-Gesellschaft,
Dresdner Bank,
Hardy & Co.,
F. W. Krause & Co.,

Mendelssohn & Co.,
Mitteldeutsche Creditbank,
Nationalbank für Deutschland,
Preussische Pfandbriefbank, mit ihren Filialen
und die nachfolgenden Bankhäuser:
Arens & Walter, Französischestr. 14,
Emil Ebeling, Jägerstr. 55,
C. H. Engelhard, An der Schleuse 13,
R. Falkenburger, Taubenstr. 16/18,
Georg Fromberg & Co., Jägerstr. 9,
H. Helfft & Co., Unter den Linden 52,
Jaquier & Securius, An der Stechbahn 3/4,

C. H. Krehlschmar, Jägerstr. 9,
S. L. Landsberger, Oberwallstr. 20a,
E. I. Meyer, Friedrichstr. 173,
Raehmel & Boellert, Jägerstr. 59/60,
Abraham Schlesinger, Mittelstr. 2/4,
Schwarz, Goldschmidt & Co., Unt. d. Linden 12/13,
R. E. Wassermann, Burgstr. 23,
Wiener, Levy & Co., Charlottenstr. 60,
Central-Viehmarkts-Wechsel-Bank, Sponholz,
Ehfeldt & Co., Alexanderstr. 43,
Deutscher Credit-Verein, Köthenerstr. 44,
zum Konto Soldatentatshilfe.

Beträge können auch bei jeder Postanfall zum Postcheckkonto der Stadthauptkasse Nr. 22 mit dem Vermerk: „Zur Linderung der Not der heimkehrenden Krieger“ eingezahlt werden.

Berlin, den 23. November 1918.

Magistrat und Stadtverordnete:

Wermuth, Michelet.

Die Volksbeauftragten für die Stadt Berlin:

H. Heymann, Dr. Weyl, Bruns, Dr. Rosenfeld.

Der erste Kommandant:

Otto Wels.

Demobilmachungsausschuß für Groß-Berlin:

Wermuth.

Unabhängige Sozialdemokr. Partei Deutschlands.
Bekanntmachung.

Es verstarb im Lager Nipto (Rumänien) am 4. 2. 17 unser Mitglied der Wehrmann

Max Saamkopf

Selektower Str. 7, 8. 22. Bezirk.

Am 30. Oktober verstarb unser Genosse

Schwertfeger.

Ehre ihrem Andenken!

U. S. P. D. 5. Kreis

Am Donnerstag nachm. 2 Uhr verschied nach schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau

Emma Schwarz

im Alter von 55 Jahren.

Dies zeigt im höchsten Schmerz an

Emil Schwarz, Themann,

Karoline Schmidt,

Mutter.

Wilhelmine Schwarz,

Schwägermutter.

Die Beerdigung findet am

Dienstag, den 26. November,

nachmittags 3 1/2 Uhr von der

Leichenhalle der Sophien-

Gemeinde, Frolenwalderstr.

aus statt.

Der Vorstand.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Den Genossen des 4. Berliner Sozialdemokratischen

Wahl-Vereins USP, zur Nachricht, das unsere Genossin

Marie Oslinde

im Krankenhaus verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 2 Uhr

auf dem Städtischen Kirchhof in Buch statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Gelernte Schneider u. Schuhmacher,
auch ungelernete Arbeiter

suchen wir eine lohnende Beschäftigung. Anmeldungen im Bureau

U. u. S. Rat des Belleidungsamts Spandau.

Barflechte

auch veraltete Fälle, beseitigt in

kurzer Zeit das best empfohlene

Barbasan.

Flasche 5.40 M. g. Nohn. Barbasan-

u. Haut-Ausschläge aller Art

Versand, Rosslau-Anhalt 36.

Jugendl. Boten

für leichte Beschäftigung

werden eingestellt.

Meldungen von 9-12 Uhr vor-

mittags im

Verlag „Die Freiheit“

Berlin NW, Schiffbauerdamm 19.

Russisch - Polnisch

erteilt gründlich Akademiker.

Burgstrasse 29, Zimmer 45.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin - N. 54, Eisenstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Mittwoch, den 27. November 1918, abends 6 Uhr

Große Versammlung

der Metallarbeiter Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 16, Sool 1.

Tagesordnung:

1. Welches sind unsere nächsten Aufgaben?

2. Diskussion.

3. Bräutigamsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der überaus ersten Zeit

in der wir uns befinden, ist es Pflicht jedes einzelnen

Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen, damit

jeder einzelne die genauesten Informationen erhalten

kann.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverein der Bildhauer, Verw. Berlin.

Mittwoch, d. 27. Nov. abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus Saal III

Versammlung der Holzbildhauer.

1. Die gegenwärtige Lage und die künftige Gestaltung

unseres Arbeitsnachweises.

2. Verschiedenes.

Die Kollegen vom Gewerkverein sowie die un-

organisierten Kollegen sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Volksversammlung

heute, mittags 12 Uhr, am Bismarckdenkmal im Tiergarten.

Tagesordng.: Der Streik um die Nationalversammlung.

Referent Karl Schmidt.

Sofal

nebst

Bereinszimmer

für etwa 50 Personen, bei Bedarf

Genossen, auch als Schlafsaal.

Paul Lehmann,

Platz, Bismarckstr. 11.

Eckrestaurant

Wagenerstr. 10/11 (Garten) am

Waldpark, 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30.

Stadtreisende

Genossen!

werbt Lejer

für

Die Freiheit

Die Revolution und die Gewerkschaften.

Von H. Jäckel.

Es gibt keine Instanz der deutschen Arbeiterbewegung, deren Kriegspolitik in höherem Maße durch die Ereignisse der letzten Monate und vor allem durch die deutsche Revolution ad absurdum geführt worden wäre, als die obersten deutschen Gewerkschaftsinstanzen. Was auch immer in vier langen Kriegsjahren die Regierungen des deutschen Imperialismus vollbrachten, immer fanden die Instanzen oder ihre Organe Worte der Zustimmung oder der Entschuldigung.

Der Kriegssozialismus war für sie „eine der lichtvollsten Seiten in der Geschichte unseres Volkes“. In der Ernährungsfrage hätten sie gewiß „schärfere Maßnahmen gewünscht“, aber „sie erkennen auch an, daß große Schwierigkeiten zu überwinden waren“.

Die heute allgemein als lügenhaft erkannten Reden der Bechmann, Michaelis, Hertling fanden in den Organen der Generalkommission immer wohlwollende Interpretationen.

Dem Eintritt der amerikanischen Staaten in den Weltkrieg war noch Meinung des „Correspondenzblattes“ entzweigende Bedeutung nicht beizumessen. Daß „Unruhen“ bei diesen Instanzen verböht waren und der Ausgang des Januarstreiks als die von den „Unabhängigen“ herbeigeführte schwerste Niederlage der Berliner Arbeiter hinangerechnet wurde, ist bekannt. „Die deutsche Staatsgewalt“, so hieß das Generalkommissionsblatt, „noch bolschewistischem Vorbild durch Streiks gerührten oder auch nur in die Hand der unabhängigen Drahtzieher bringen zu wollen, wäre ein so wichtiges Unternehmen, daß politisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiter dafür nie zu gewinnen gewesen wären.“

Nach am 12. Oktober propagierte dieses Organ die Organisation der „nationalen Verteidigung“, und an demselben Tage — am 9. November —, an dem in Berlin noch die alte Revolution die deutsche Republik proklamiert wurde, hielt es dieses Blatt für nebensächlich, ob Deutschland Monarchie oder Republik sei; es konstatierte mit Entsetzen: „In Berlin gibt es sogar Leute, die ernsthaft daran glauben, daß man von hier aus die republikanische Staatsform für Deutschland einfach dekretieren kann.“

Mit gewohntem Selbstbewußtsein fühlten sich die Leute als Herren der Situation, und tatsächlich bestimmten sie Richtung und Ziel des sozialdemokratischen Parteischiffes. Die Entwicklung ist über sie, die da glaubten, eine große Bewegung meistern zu können, einfach hinweggegangen, und mit der Errichtung der im Volksgausch der Arbeiter- und Soldatenräte repräsentierten Diktatur des Proletariats haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor neuen Situationen und vor neuen Aufgaben. Sie haben die Pflicht zu machen, daß auch ihre gewerkschaftlichen Organisationen sich künftig in richtiger Erkenntnis bewegen, was ist, aktiv betätigen.

In den wirtschaftlichen Kämpfen der Vergangenheit gab der Besitz der politischen Macht den kapitalistischen Unternehmern in ihren Handlungen immer hohe Maß von Sicherheit, welches immer von vornherein die Arbeiterposition ungünstig beeinflusste. Bei allen Verhandlungen der Parteien wie auch im offenen Streikkampf konnte der Beobachter das feststellen. Die Unternehmer wußten: Was wir auch tun, immer werden die Machtinstanzen des Staates und der Gesellschaft offen oder verstoht auf unserer Seite stehen.

Seit dem 9. November 1918 ist das Verhältnis umgekehrt. Das Proletariat beherrscht die Staatsmaschine und trägt die sichere Ueberlegenheit der Unternehmer geschwunden. Das Selbstbewußtsein und die Zielsicherheit der Arbeiter sind gehiebert und werden weiter gehiebert in demselben Maße, in dem die Veränderung der politischen Machtstellung dem gesamten Proletariat zum Bewußtsein kommt.

Die Position der Arbeiter wird noch verbessert durch die

von den früheren kapitalistisch-imperialistischen Macht-habern durchgeführte im Interesse der Kriegführung notwendige besondere Organisation der industriellen Kriegsproduktion. Alle Rohstoffe sind für die Mehrzahl der Industrien in der Hand der Staatsgewalt konzentriert. Der Umfang der industriellen Produktion wird zum Teil durch staatliche Körperlichkeiten bestimmt. Nur soweit die Staatsgewalt Rohstoffe freigibt, kann der Kapitalist produzieren. Rohstoffe, welche im Inland täglich in großen Mengen erzeugt werden, wie Kohle, Eisen, sind leicht mittels Expropriation in die Hand des Staates zu bringen.

So können tatsächlich die, die Staatsgewalt beherrschenden Arbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zwingend festlegen und widerspenstigen Unternehmern durch Vorenthaltung von Rohstoffen — teilweise auch von Aufträgen — zur Einhaltung der festgelegten Bedingungen veranlassen. Die außerordentlich großen Rohstoffmengen, welche der organisationskundige Oberstleutnant, heutige Staatssekretär Koeck, im Interesse des Krieges zusammengehalten hat, werden somit zu einer wirksamen Stütze des Arbeiters im Kampfe um gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es ist für die Arbeiterklasse von der größten Wichtigkeit, daß die Gewerkschaftsleitungen sich dieses durch die politische Machtverschiebung herbeigeführten Umstandes nicht nur bewußt werden, sondern auch daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen.

Die durch vier Kriegsjahre geübte Taktik des Wohlverhaltens darf nicht weiter die Gewerkschaftswelt beherrschen. Diese Taktik hat Schiffbruch erlitten. Man zog aus, um auf dem Wege des Wohlverhaltens mit einem gewaltigen Sprung hinüberzuleiten zu können. „Aus dem Reich der Signation in das Reich der positiven Mitarbeit.“ Und schon im Januar 1918 mußte man bekennen, daß „die Arbeiterwünsche von den Regierungen gar nicht mehr berücksichtigt würden“.

Die unumgänglich nötige Uebergangsperiode der Diktatur des Proletariats muß genutzt werden zur Durchführung weitestgehender gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Arbeiterforderungen. Die Gewerkschaftsleitungen sind, wenn sie ihre Aufgaben in der gährenden Zeit beargreifen haben, verpflichtet, Ränder und Bahndreher dieser Forderungen zu sein. Nicht harmonisches Zusammenarbeiten mit den Kapitalvertretern — was Verhandlungen mit Kapitalvertretern nicht ausschließt —, sondern harmonisches Zusammenwirken mit den die politische Macht repräsentierenden neuen Gewalten der Arbeiter- und Soldatenräte ist das Gebot der Stunde. Das heißt Verhandlungen mit Kapitalvertretern nicht aus. Dabei ist selbstverständlich, daß nicht etwa durch übertriebene Forderungen das Getriebe der Volkswirtschaft gelähmt und gefährdet werden darf. Das Proletariat kann nicht mit einem Sprung den Uebergang aus der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Organisation der Arbeit vollziehen. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß manches, was im bürgerlichen Klassenstaat als sehr weitgehende Reform erscheinen konnte, heute im Zeitalter der sozialistischen Republik durchaus ungenügend ist.

Der Gewerkschaftsfunktionär, der vom Standpunkt des den Staat beherrschenden Arbeiters an die Lösung der sozialen Probleme der Uebergangswirtschaft herantritt, erkennt sofort, wie die Revolution vom 9. November die gewerkschaftlichen Funktionen durch Zurückdrängung des kapitalistischen Profitinteresses vereinfacht hat. In Sachen der Lohnpolitik, der Arbeitszeit, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeiterunterstützung, des Schulungsweises usw. sind die noch vor einiger Zeit die öffentliche Diskussion beherrschenden arbeitserfeindlichen Argumente der Unternehmer unwirksam gemacht. Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen ist es, auch hieraus die Konsequenzen zu ziehen.

Wie schwer bedrückt die Gefahr großer wirtschaftlicher Massenkämpfe nach dem Kriege vor dem 9. November die deutschen Gewerkschaften. Rücksichtslos verlornte das vom Segen der Kriegskonjunktur dreist akquirierte Kapital vom Arbeiter für die Zeit nach dem Kriege die schwersten Opfer.

Nach dem Kriege heißt es arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Es werden Ueberstunden mehr denn je geleistet werden müssen“ usw., so schrieb die „Arbeiterzeitung“. Jede Verkürzung der Arbeitszeit wurde strikte abgelehnt. Der „Abbau des Kriegs-Lohnniveaus“ wurde offen in sichere Aussicht gestellt, und in tausend Variationen verlangten die Unternehmer, unterstützt von einigen Rechts-Sozialisten, das „wissenschaftliche Betriebssystem“. Das „wissenschaftliche Betriebssystem“ der Unternehmer ist nichts anderes als das dem Arbeiter klassisch bedrückende Taylorsystem.

Von alledem ist es jetzt still geworden, und die Unternehmerorganisationen, Säumer- und Leichtindustrie gemeinsam, vereinbarten mit der Generalkommission der Gewerkschaften den achtstündigen Normalarbeitstag.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, über diese Vereinbarungen hinaus zu drängen. Der achtstündige Arbeitstag kann heute seine wohltätigen Wirkungen nur ausüben, wenn gleichzeitig die bisher schon erhobenen Nebenforderungen zum Schutze des vorhandenen Fonds an Arbeitskraft und Volksgesundheit durchgesetzt werden. Es trifft dies zu auf die Forderungen betreffs besonderen Schutzes der Frauen, Jugendlichen und Heimarbeitler, der größtmöglichen Beschränkung der Nacht-, Sonntags- und Ueberstundenarbeit, des familiären achtstündigen Arbeitstages bei besonders schwerer und gefährlicher Arbeit, besonders bei gefährlicher und schwerer Nachtarbeit und für vieles andere.

Die Revolution gestaltet keine Ruberpause, keinen Stillstand. Die Gewerkschaften haben die Wahl, den stürmischen Schritten der Revolution zu folgen oder von ihr ausgeschlossen zu werden. Wer zögert an die Lösung der Probleme heranzutritt, weil er der activen Kraft des Proletariats nicht traut und glaubt, unter allen Umständen die anderen Klassen am künftigen Aufbau der Gesellschaft heranziehen zu müssen, hat von der proletarischen Revolution Anerkennung nicht zu erwarten. Es ist der Geist des Sozialismus, der in den freien Gewerkschaften die Mittel der beherrschend. Dieser sozialistische Geist verließ den Gewerkschaften Lebenskraft und Energie. Die Gewerkschaften sind im Denken des Arbeiters nicht nur Instrumente zum Zwecke der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch Waffen zum Kampf um Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Daraus resultiert als weitere Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen die tätige Mitarbeit an der allmählichen Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion. Die Vorbereitung der Sozialisierung wichtiger und weiter Produktionsgebiete mußte von den Gewerkschaftsleitungen im Verein mit den proletarischen Regierungen auf das tatkräftigste gefördert werden.

Sozialismus und Landwirtschaft.

Von H. Hofer.

Ungezählte der Besten des deutschen Volkes, die nicht gearbeitet haben, unseren proletarischen Sieg vorzubereiten, sind ins Grab gesunken, ohne daß es ihnen vergönnt war, den heiligen Boden des sozialistischen Volksstaates zu betreten.

Aber dennoch, sie alle sind mitten unter uns und wir gedenken ihrer beim Erntefeste auf der Scholle, in die sie die ersten Früchte gezogen und die gute Saat gestreut haben. Sichel, Sichel, Auer und Rhr, die wir vor wenigen Tagen zur letzten Ruhe bestattet, wir gedenken Euer auch im Freudenrausch des Erntefestes!

Wir haben aber nicht Zeit, Heiß zu feiern, wir müssen an die mühsame Werktagarbeit, auf daß nicht ein böser Stacheltaster dem Freudenrausch folge.

Eine gewaltige Arbeit hat das deutsche Proletariat in den verflohenen Tagen verrichtet, und schon wartet es um vielfach gewaltigere Arbeit an es heran.

Wir haben der Kapitalistenherrschaft die Fessel entwunden, haben uns zu Herren des Gutes gemacht, eines Gutes, das leider durch den Krieg in Grund und Boden ge-

Die finsternen Tore

Die finsternen Tore sind gesprengt.
Du Volk, das sich zum Lichte drängt,
Gedenke deiner Toten.
Gedenke deiner Tränenzeit
Und rüste dich zur starken Tat . . .
Dir ward geweihter Boden.

Im Erdenchoß rauscht wildes Blut.
Hell lodert unverbrauchte Glut
Und will sich neu gestalten
Und mahnt, und wird zum Sehnsuchtschrei:
Volk, deine Toten werden frei,
Wirst du dir Treue halten.

Bruno Schöniant.

Das Programm.

Zu den Aufgaben dieses Blattes wird es auch gehören, über die bildenden Künste zu referieren.

Da gibt es, ein Programm aufzustellen, das über das Allgemeine dessen, was in Zukunft versucht werden soll, orientiert.

Widiat scheint dabei in erster Linie einerseits die allgemeine Stellung zur Kunst überhaupt; andererseits die Stellung zur modernen Kunst unserer Tage.

Zunächst sollte die allgemeine Grundlage angedeutet werden, von der aus Kunstschöpfung und Kunstbetrachtung überhaupt hier gepflegt werden sollen.

Es gibt biologisch notwendige, das heißt zum rein körperlichen Dasein des Menschen schlechthin unbedingt erforderliche Betätigungen der Gemeinschaft und des einzelnen; und es gibt über-notwendige Betätigungen, die fesseln können oder könnten, ohne daß die Gemeinschaft oder der einzelne darunter gehen.

Zu den biologisch unbedingt notwendigen Erfordernissen gehören die drei der Sicherung genügender Nahrung, ausreichenden Schlafens und unge störten Bleibens. Das erste, wofür die Menschen in den Urzuständen des Lebens auf der Erde sorgen mußten und für das allein sie geortet haben, war demgemäß das nährnde Erntezentrum, die Bereitung der Schlafstätte und deren Sicherung gegen feindliche Tiere und Menschen.

Daß Wissenschaft und Kunst an der Wiege der Menschheit standen, ist eines jener kindischen Märchen oder eine jener romantischen Kulturlegenden, die den Leichtgläubigen immer wieder vortzählt werden. In Wahrheit ailt für den einzelnen wie für die Gemeinschaft auch heute noch, daß Nahrung, Schlaf und Sicherheit verbürgt sein und daß dann darüber hinaus noch Zeit und ausgereifte Kraft verbleiben müssen, bevor erst für Uebernotwendiges Spielraum gewonnen werden kann.

Dieses Uebernotwendige scheidet sich von allem Ursprung her in zwei Gruppen, die streng voneinander getrennt zu halten sind. Denn das Bewußtsein des Menschen besitzt von allem Anfang an zwei verschiedene, durchaus disparate Fähigkeiten: die des Erkennens, und die des Fühlens. Wer hier nicht vom Beginn her streng scheidet, kann niemals zur Klarheit darüber kommen, was Kunst kann, will und soll.

Auf der eingeborenen Fähigkeit des Erkennens baut sich alles das auf, was „reine Wissenschaft“ wird. Wendet man nämlich das Erkennen nicht mehr allein darauf, sich die Sicherung jener drei Uebernotwendigkeiten zu verschaffen, sondern beobachtet und betreibt man um des Erkennens an sich willen rein deshalb, um von den Tatsachen der äußeren Gegebenheiten möglichst viele, ohne Rücksicht auf irgend-einen anderen Zweck, festzustellen, so treibt man „reine Wissenschaft“. Das Denken wird hier also um seiner selbst willen und aus alleiniger Freude an seiner Betätigung ausgeübt; und die Ergebnisse dieser reinen Forttätigkeit werden in die verschiedenen Wissenschaftsgebiete gesammelt.

In gleicher Weise aber, wie das Erkennen, kann man auch das Fühlen, das alle Erfahrungen des Lebens be-

gleitet, möglichst isolieren. Und da ergibt sich nun folgendes: Läßt man das Fühlen um seiner selbst willen wachen, gibt man sich bei einem Erlebnis möglichst rein dessen Gesellschaftsbeziehung hin; so gelangt man zu einer eigentümlichen seelischen Verfassung, die man das „ästhetische Verhalten“ nennt. Ein Beispiel wird diese Lethargie völlig klar. Steht man etwa auf einem erhöhten Aussichtspunkte und sieht das vor einem liegende Panorama in den Blick, so kann man sich zweifach verhalten. Man kann entweder die Höhe der vorliegenden Berge messen, man kann ihre Namen erkunden, man kann ihre Gezeitenort, ihre geologische Bildung und nationale Zugehörigkeit, ihre Fruchtbarkeit und Bewässerung rein erkenntnistunlich feststellen; dann treibt man die Wissenschaft der Geographie. Oder man kann von derselben Aussicht alles Erkennende ausschalten, sich rein der Gefühlsbeziehung der Formen, der Farben, der Lichter, der Stille oder Schreie, der Geruchtheit oder Rundung, der Weichheit oder der Dede hingeben, man kann sich völlig auf das Gefühl „zurückziehen“, es an sich und rein um reines Erlebens willen in sich schwingen lassen; dann verhält man sich „ästhetisch“.

Wird nun aus einer derartigen ausschließlichen Einstellung auf ein Gefühl, ohne jede Rücksicht auf irgendeinen anderen Zweck, als eben den, dieses Gefühl zu tragen, ein Gebilde erstellt, das dieses Gefühl trägt; so entsteht ein Kunstwerk.

Es ist dabei gleichgültig, in welchen äußeren Formen ein solches Gebilde erscheint. Werden Wörter zu Trägern dieses Gefühles, so entsteht eine dichterische Schöpfung; werden Töne als Träger benutzt, so entsteht eine Melodiefantasie; wird in Farben, Linien und Formen gestaltet, so entsteht ein Werk der bildenden Kunst.

Damit ist die allgemeine Grundlage gegeben. Diese Stellungnahme lehnt also jeglicher Kunst gegenüber alles „Metaphysische“, „Uebernatürliche“ von vornherein und durchaus ab. Das heißt, sie ist gefonnen, sich niemals um die Veranschaulichung eines Kunstmerkes durch leere Rügenwörter, wie „großartig“ oder „abstrakt“ oder „kos-

Wirksamkeit. Nicht alles, durch „sozialistische Meliorationen“ dieses Gut zur höchsten Reife zu entfalten.

Natürlich kann der neue Besitzer des Gutes, auch wenn er mit Mieskräften ausgestattet wäre, nicht alles auf einmal in Angriff nehmen.

Er muß methodisch vorgehen und das Dringendste von dem Dringenden zu unterscheiden wissen.

Es sind viele Gebiete zu bearbeiten. Auch auf dem Felde der Landwirtschaft, und insbesondere hier gilt es sozialistisch zu meliorieren.

Wir haben in Deutschland etwa 18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe, d. h. Betriebe, die mehr als 100 Hektar in sich einschließen. Innerhalb dieser Großbetriebe befinden sich wieder eine große Anzahl von riesigen Latifundien, auf denen die Kraft des Besitzers selbständig und allein zu dirigieren, absolut unzureichend ist.

Diese Latifundien werden verwaltet von einer Güterdirektion, die ein Netz von Betriebsbeamten über die verschiedenen Stellen des Betriebes gezogen hat.

Die eigentlichen Besitzer dieser Latifundien haben in der Regel schon alle Hände voll zu tun um die Abrechnungen entgegenzunehmen und die Gelder einzulassen.

Hier müssen wir sofort eingreifen, und das können wir auch.

Der Verwaltungsapparat auf diesen Latifundien soll zunächst in alter Weise weiter gehen, nur das Geschäft der Abrechnung und Geldentzinsens soll fortan von dem früheren Besitzer auf die Gesamtheit übergehen.

Natürlich müssen dann auch die Arbeiterverhältnisse neu geregelt werden. Wohnungsweisen, Lohnfragen, Arbeitszeit müssen auf andere, der Neuzeit entsprechende Grundlagen gestellt werden.

Beamte und Arbeiter werden außerdem durch Gewinnbeteiligung zu interessieren sein.

Dasselbe Verfahren dürfte auch für die in staatlichem Besitz befindlichen Domänen in Anwendung gebracht werden. Auch die Stunde der Domänenpächter hat geschlagen.

Natürlich sind diese Maßnahmen nur der erste Schritt bei der Erfüllung unserer Aufgabe. Wir haben damit erst die großen Vorstudien, die für weitere Meliorationen erforderlich sind, geschaffen.

Wir haben bei diesen Maßnahmen absolut festen Boden unter den Füßen. Wir ändern nicht die Struktur des wirtschaftlichen Geschehens, weder bei diesen Latifundienbetrieben, noch auch bei den Staatsgütern; denn auch bei letzteren ist dieses System jetzt schon, allerdings erst in sehr kleinem Maße, im Gange und hat sich soweit auf bewährt.

Nun gilt es zu erproben, welche Früchte diese Umänderung im großen Maßstabe zeitigen wird. Als Pioniere, die wir hineinwandern in die kapitalistische Wildnis, gilt es aber, absolut festen Boden unter den Füßen zu behalten.

Diesen festen Boden würden wir verlieren, wenn wir überstürzt daran gingen, mit einem Schlag die Sozialisierung für den gesamten landwirtschaftlichen Großbesitz auszusprechen.

In diesen Betrieben fluriert der Besitzer auch zugleich als Betriebsleiter. Wir würden also vor die Aufgabe gestellt werden auch die Betriebsleitung zu übernehmen, und mit dieser Übernahme würde der Sozialismus sich schon für die allergrößte Zeit die Verantwortung auf den Hals laden, das genügende Brot für das Volk bereitzustellen. Er hätte Rechenschaft abzulegen.

Unsere Ernährungsverhältnisse sind nicht nur für die nächsten Monate, sondern auch für die nächsten Jahre sehr unsicher.

Geht den Fall, die Anhaber dieser in Betracht kommenden Großbetriebe würden berücksichtigen müssen, daß in aller nächster Zeit ihre Stunde geschlagen hätte — diese Befürchtung würde sich natürlich auch der Großbauern unter einem Besitz von 100 Hektar bemächtigen —, so würde mit einem Schlag ihr Interesse an der Lebensmittelproduktion vermindert sein. Die so überaus wichtigen Vorbereitungsarbeiten für die nächstjährige Ernte wären zum absoluten Stillstand verurteilt. — Der Bauer ist nicht, wenn er nicht ernten kann. Schon das allein könnte uns eine Katastrophe auf den Hals laden.

Aber weiter, wie sollen wir die Betriebe bewirtschaften, wo haben wir die Betriebsleiter?

Die landwirtschaftlichen Inspektoren in Ehren, es sind tüchtige Leute darunter, aber das Gros derselben ist, dank oder vielmehr Ländel, der miserablen Bezahlung, im allgemeinen nicht als Auslese der Besten anzusprechen.

Selbständig den Betrieb weiter zu führen, wären weit- aus die meisten nicht fähig. Die Abrechnungsfrage würde gerade auf den ländlichen Betrieben vielfach ebenfalls ihre eigene Seite haben.

Dazu käme noch die Demotivierung der Güter während des Krieges. Alles fehlt oder ist in Unordnung geraten. Die Gebäude in ramponiertem Zustande, die Maschinen entweder völlig abgenutzt oder gar nicht vorhanden, tierisches Anlagevermögen äußerst mangelhaft, der Boden infolge ungenügender Düngungserträge, durch schlechte Ernten und schlechte Bearbeitung verwahrlost und verunkrautet.

Das Betriebskapital ist natürlich mit dem Besitzer verschwunden. Kredit und Geschäftsverbindungen, alles ist zerstückelt. Ein wildes Chaos wäre die Folge. Auf nähere Einzelheiten einzugehen verbietet der Raum des Blattes.

Aber noch ein anderes! Wie bekannt, sind in betreff der Regelung der Agrarfrage zwei Richtungen in der Sozialdemokratie vorhanden: Aufteilung an Selbstwirtschaftlicher im Kleinbetrieb oder Verwaltung im Großbetrieb. Diese beiden Richtungen sind wohl mehr oder weniger in beiden sozialdemokratischen Parteien vorhanden. Aufteilung würde uns diametral von unserem sozialistischen Ideal entfernen, könnte in absehbarer Zeit aus praktischen Gründen auch nicht vorgenommen werden.

Wir sind der Überzeugung, daß dem sozialistischen Großbetrieb die Zukunft gehört, aber nicht überaus davon, der Weisheit letzter Schluss zu besitzen. Ganz neue Verhältnisse brechen nach diesem Kriege und nach unserer Revolution für die deutsche Landwirtschaft herein. Erinnert sei nur an die Schwachwirtschaft und das Prämiensystem, das jetzt aufhören wird. Unter ganz neuen Verhältnissen wird sich der landwirtschaftliche Kleinbetrieb mit der Großwirtschaft zu messen haben. Die nun, wenn wider Erwarten der Kleinbetrieb sich wirtschaftlicher gestaltet und der sozialisierte landwirtschaftliche Großbetrieb dauernd große Staatszuschüsse erfordert? Dann müßten wir wieder abhauen und der Sozialismus hätte auf dem Gebiete der Landwirtschaft eine Liquidation zu vollziehen.

Nicht den festen Boden verlieren, aber auch nicht stehen bleiben!

Wir begnügen uns auch gegenwärtig nicht mit der Sozialisierung der Latifundien und Staatsgüter; auch sonst sollen geeignete, bisher vom Besitzer selbst geleitete Großbetriebe in den verschiedensten Gegenden verstaatlicht werden. Weggehen in die Wildnis!

Das sollen Versuch- und zugleich Musterbetriebe werden. Mit den auserlesenen Kräften von Landarbeitern und Betriebsbeamten sollen sie sich einführen. Auch die Landarbeiter, die bislang noch keine Schule gewerkschaftlicher Organisation durchgemacht haben, müssen erziehen werden.

Gutes Beispiel ist immer die beste Erziehung.

Natürlich muß das Nachschulwesen auf höchste Stufenleiter entwickelt werden. Dann bauen wir weiter in zielbewusster Konsequenz.

So geht's, aber allein so kann es auch nur gehen. Aus einem elenden mährischen oder polnischen Klepper kann nicht über Nacht gewaltmächtig ein edles, stolzes Pferd gemacht werden. Aber in zielbewusster Arbeit haben unsere großen Vorkämpfer in verhältnismäßig sehr wenigen Jahren aus den elendesten Landrassen die hochwertigsten Formen und große Nuberränge herausgezüchtet. Auch wirtschaftliche Gebilde sind organisch entstanden und so ganz eigenen Gegebenen. Man kann sie nicht plötzlich gewaltmächtig in eine gewünschte Form pressen. Wenn die Form nicht paßt, beachtet der Inhalt dagegen auf und verdrückt sie, alcidawie geirretendes Wasser die härtesten Gussstahlbomben auseinanderpresst, als wäre es Glas. Wer festes Vertrauen zum Sozialismus hat, braucht keine pseudowissenschaftliche Desperadopolitik zu treiben, die letzten Endes alles gefährdet.

Vertrauen zum Sozialismus! Sie haben es gehabt, die in Copland die ersten Kurden brachen, sie haben es gehabt, die zwölf lange Jahre den Umweitern des Sozialismus trohten! Und wir, wenige Tage, nachdem unser Volk, sei es als Arbeiter im Arbeitsmittel oder als Arbeiter im Soldatenrock, in herrlichem, noch nie dagewesener Schwünge reißt alle Ketten zerbrochen hat, wir fürchten, daß der siegreiche Sturm der sozialistischen Idee beeinträchtigt werden könnte? Jetzt, wo diese Idee hemmungslos und frei propagiert werden kann? Oh, über die Kleingeldwägen, die jetzt neue Ketten schmieden wollen, um die Idee zu schänden!

Frägt man schließlich nach Zweck und Wert dieser Künstlererlebnisse, so muß man sich immer wieder lösen, daß sie etwas Übernotwendiges sind. Zur rein physischen Lebensfristuna sind sie nicht erforderlich; sie sind „biologischer Luxus“. Doch auf dem Standpunkte der Kultur, den die große Mehrzahl heute schon erreicht hat, beanlagt sie sich nicht mehr mit dem förderlichen Existenzminimum. Sie hat sich bereits genügend freie Zeit erkämpft, um Ruhestunden zu kennen, die nach seelischer Nahrung rufen. Und hierdurch das Lernen, das reine Erkennen geschult und das Wissen des einzelnen gemehrt; so wird durch das Erleben von Kunstwerken sein Können bereichert. Das Bewußtsein des einzelnen wird über die angeborene Artuna und über die Enge zufälliger-eigenen Lebensschicksals hinaus erweitert, seine Erlebnisse der Sehnsucht oder der Freude, der Trauer oder des Stolzes, des Mitleids oder der Erhebung werden unendlich vermehrt. Und nicht er diese Realitäten, nimmt er Shakespears und Goethes, Bachs und Beethovens, Michelangelos und Rembrandts, nimmt er dann, bis in die reinsten Töne, alle so reichen Gelegenheiten der verschiedensten Gefühlslebnisse nach seelischer Höhe und Tiefe, nach Weite oder Enge auch wirklich wahr, nimmt er all dies Können auch der anderen mit in sein Sein; so steigt er um hundertfachen Erleben reicher ins Grob als wenn er nur den eng ummaurten Weg eigenen, zufälligen Schicksals gegangen wäre.

Was Derl.

Großindustrie auf Island.

Die Hauptnährungsquelle Islands sind bisher Landwirtschaft und Fischerei gewesen, von denen die zehntausend erwachsenen Männer der Insel leben, während die natürlichen Reichtümer Islands, vor allem die Wasserkräfte, bisher so gut wie gar nicht ausgenutzt worden sind. Das soll jetzt anders werden. Im politischen Verein zu Christiania hielt Ingenieur Säterstrom einen Vortrag über die Pläne, aus Island ein Großindustrieland zu machen. Man beabsichtigt vor allem, die Kräfte des Thjorsflusses auszubauen, der von der nordwestlichen Gegend „Tjorn“ aufsteigt und in das

Die Diktatur des Proletariats darf nur so dauern, bis die Errundendatten der Revolution fest unter sind. Am inneren wirtschaftlichen Ausbau des deutschen Volkshauses muß das gesamte Volk mitarbeiten und mitreden. Das bisher die rein theoretische Propaganda der Idee uns schon von Siegen zu Siegen geführt, so wird der Anschauungsunterricht, die Praxis und erst recht mit Volksdampf weiterbringen. Wir haben wahrlich keinen Grund, diese Aufbaupropaganda zu fürchten. Die Arbeiter bilden doch die große, die überwältigende Mehrheit in Deutschland. Es geht nicht an, weite Schichten des Mittelstandes, von unteren Beamten, ja, auch weite Schichten von heute noch andersdenkenden Arbeitern, zu entrechten. Und gar erst die gesamte Schicht der auf dem Lande wohnenden Diese letztere Schicht schließt allein beinahe noch 40 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands in sich ein. Die Bauern- und Landarbeiterräte sind nach der Form ihrer Organisation unpolitische Körperlichkeiten. Sie wollen aber auch gefragt sein. Das deutsche Volk ist seit den Novembertagen ein anderes geworden. Es läßt nicht mehr wie der russische Ruschik in fatalistischer Ergebenheit die Dinge über sich ergehen. Gewiß, noch sind die Früchte der Revolution nicht völlig gesichert, noch sind die Soldaten nicht zu Hause, und wenn sie die Schwelle ihres Heims überschritten haben werden, sollen sie eine kurze Rast haben, um sich in die neue Situation hineinzufinden. Aber dann muß die Konstante kommen, mit beratender und beschließender Stimme, sonst wird ein Sturmwind aus Land und Stadt der ersten Volksregierung um die Ohren brausen, der die junge Erste in den Schauern der Revolution gefährden könnte.

Zeugnisse aus der guten alten Zeit.

Anlässlich der Aufhebung der Theaterzensur mag noch einmal darauf hingewiesen werden, mit welcher Unwissenheit und Willkür in früheren Zeiten die Zensoren oft ihres Amtes walteten. So herrschte in Wien, und zwar noch in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, eine Zensur, der schließlich auch der berühmteste Schriftsteller nicht mehr gerecht werden konnte, und von dieser unheimlichen Zensur erzählt der damals sehr beliebte österreichische Dichter Gellert in seinen Memoiren die folgenden Süssigkeiten. Das Wort Gottes durfte z. B. nur auf den Bühnen des Volkstheater ausgesprochen werden; in allen Stücken, die für die übrigen Theater der Stadt bestimmt waren, wurde es unheimlich bergig geschrien und durch das Wort Himmel ersetzt, ungeachtet der Forderung von Meim und Verdomag. Ebenso unerlaubt war der Satz: „Er läßt sie“, der regelmäßig in: „Er gibt ihr einen Fuß“ umgewandelt wurde. Um 7½ Moral hat man überhaupt sehr beliebt. „Don Carlos“ war lange Zeit verboten, weil der Prinz so unmoralisch war, sich in seine Stiefmutter zu verlieben und in den „Räubern“ wurde die Moral ganz und gar unter dem Vorwand kleinigt in einen — Chermord umändert. Das die Wirkung mancher dramatischen Werke durch diese Zensur geradezu komisch wurde, lobt die guten Zensuren weiter nicht an. Ein hübsches Beispiel von Zensur-Schandestücken ist: „Der Zensurbeamter, dem ein Musikstück zur Begutachtung einzureicht war. — Musikalien wurden damals auch zensuriert — ein Musikstück, das der Komponist pleistwoll den Namen des Musikers J. H. Hummel zugeeignet hatte. Es bestand nämlich eine Beschrift, daß eine Widmung nur dann erlaubt sei, wenn der dadurch Gewehrte sie selbst vorher bewilligt hatte. Und was tat nun unser geiziger Zensur? Er verlangte vom Komponisten die Einwilligung der Namen Hummels zur Annahme der Widmung!

Im übrigen Deutschland war die Zensur damals auch nicht viel weniger als in Österreich. Einem Komponisten, der ein Musikstück den „liebendwürbigen Damen Leipzig“ widmen wollte, wurde bedeutet, daß das Wort „liebendwürdig“ hier unbedingt gestrichen werden müßte, weil sonst die Damen, die nicht liebendwürdig seien, beleidigt wären. In Berlin war man so streng, daß man die Verse von Dichtern, die sich der Zensur schon einmal mißlieblich gemacht hatten, oft noch vor ihrem Erscheinen in den Mann tat, ja, manchmal sogar, bevor sie überhaupt geschrieben waren, nur weil ihr Autor als „verdächtig“ galt. Ähnliche Verhältnisse herrschten bei der Zensur in Köln wo die in der „Kölnischen Zeitung“ erschienene Voranzeige von Dantes „Höllischer Komödie“ einmal vom Zensur beanstandet wurde, weil mit göttlichen Dingen nicht Komödie gespielt werden dürfe. Natürlich stand es nicht überall so schlimm mit der deutschen Zensurfreiheit; denn mitunter gab es doch auch etwas vernünftiger Zensoren, aber im allgemeinen muß die Zensur für die schreibende Menschheit der damaligen Zeit jedenfalls eine wahre Marter gewesen sein.

Gesellschaftskapital ist zum größten Teil in norwegischen Händen, die Leitung der Gesellschaft soll aber den Islandern zugehen.

Der Thjorsfluß ist zweihundert Kilometer lang. Er entspringt zwischen den beiden großen Gletschern Vatnajökull und Jökull und hat eine Anzahl von Fällen. Die Gesellschaft beabsichtigt, sechs Kraftstationen längs des Wasserlaufes anzulegen. Die größte wird während 7 Monaten des Jahres über eine halbe Million Pferdekraft leisten. Im ganzen rechnet man, daß der Wasserlauf bei vollem Ausbau mindestens 800 000 Pferdekraft, höchstens über eine Million Pferdekraft leisten wird. Das ist der wertvollste Teil der Wasserkräfte, über die Island schätzungsweise verfügt. Zum Vergleich sei angeführt, daß die größte Wasserkraft Norwegens — die Kjulfälle — etwa 250 000 Pferdekraft leisten. Die Kosten der Anlage sind auf acht Millionen Kronen berechnet. Hierbei ist eine Eisenbahn von Reykjavik nach Thjorsfoss mit Abzweigungen nach den Kraftstationen — übrigens die erste Eisenbahn Islands — mitgerechnet.

Die neu zu schaffende Industrie fordert die Einfuhr von fremden Arbeitskräften, da es ein Unglück für das Land wäre, wenn keine wenig zahlreiche Bevölkerung ihrer wichtigen Beschäftigung — wie bemerkt Landbau und Fischerei — entzogen würde. Vor allem die chemische Großindustrie soll ihren Eingang auf Island halten. Unter den Erzeugnissen, die man vor allem herzustellen beabsichtigt, werden Ammoniumsulfat, Ammoniumnitrat und Natriumsulfat genannt. Weiter sind Schmelzen für Zink, Aluminium und Eisen sowie die Herstellung von Salz aus Meerwasser geplant.

Nachdenkliches.

Eine Lehre, die nur von den Chinesen aufgenommen wird ist gleich einer geträumten Nahrung.

Aus dem Chinesischen.

Man kann nicht behaupten, daß die bestehenden Rechte auf das Land gesetzlich wären. Böge, wer so denkt, in den Chinesen nachleben. Gewalt, Betrug, Raub, Mißgunst — das sind die Quellen, aus welchen diese Rechte entspringen.

Deberti Speker

misch“ oder betartige Wortkalle und hohle Gedankenhüllen herumzudrehen. Sondern sie ist gewiß und entschlossen, alle Kunst rein psychologisch zu fassen.

Damit wird ein Doppeltes versprochen. Erstlich, daß selbst der größte Künstler als ein Mensch verstanden werden muß, wie wir alle es sind. Als ein Mensch, der nur in zweifacher Hinsicht über den gewöhnlichen Durchschnitt hinaus bezaubert ist. Einmal muß es ein besonders tiefes und besonders starkes Erfahren der Torsachen dieses Lebens sein. Und dann muß er die zufällige Fähigkeit besitzen, dieses sein starkes Fühlen, das Hunderte anderer Menschen auch in gleichem Grade besitzen mögen, in die Formen freudiger Kunstform fassen zu können. Er muß die aneignende Gabe besitzen, die Worte der Sprache oder die Töne der Musik oder die Farben und Formen der bildenden Künste so anzuordnen, daß die so erworbenen Gestaltungen zu Trägern seiner Gefühle werden; und damit die Stimmung besitzen, diese Gefühle auch den anderen Menschen, Mitlebenden und Nachfahren, zu vermitteln.

Das zweite aber, was damit versprochen wird, ist, daß die Mäßigkeit ausgeschlossen bleibt, daß irrenden Kunstwerk, und sei es noch so eigenartig, dem Nachfolgenden „unverständlich“ bleiben kann. Denn da der Künstler zwar als besonders Beobachter, doch durchaus als Mensch wie wir alle gefaßt wird, kann er nichts gestalten, was dem Rechenmenschen kumm oder unverständlich bleiben kann. Die Gefühle, die er vermitteln will — und ausschließlich um Gefühlsvermittlung handelt es sich in den Künsten —, geben nichts „Höheres“, nichts „Uebermenschliches“ oder „Außer-menschliches“; sie geben, vielleicht oft leistungsvoll, zuweilen besonders tiefe und eigenartige Gefühle in zuweilen vorerst fremd anmutenden Fassungen; doch es bleiben immer die Gefühle des wirklichen Lebens. Seien es jene naturalistischen Spezialgefühle, die die Torsachen und Erfahrungen der Welt direkt erzeugen; seien es jene idealistischen oder erpressionistischen Maerminarfühle, die sich auf Grund dieser naturalistischen Erlebnisse im Bewußtsein des Künstlers gebildet haben. —

Die Alldeutschen.

Sie regen sich wieder. Am ersten Schreck, als der Ort der Revolution daherbrauste, hatten sie sich in sämtliche Hohlhöhlen verflochten. Nun wagen sie sich wieder hervor. Schüchtern am Anfang und schamlos und ihre wahnwitzigen Anreizungspläne hat der Sturm verweht. Aber seien wir nicht vertrauenslos. Die Reaktion sammelt sich vorsichtig, aber bereit, im gegebenen Zeitpunkt die Gegenrevolution zu entfesseln, um die Macht wieder an sich zu reißen.

Der Alldeutsche Verband erlöst an seine Mitglieder einen Aufruf, in dem er dazu auffordert, unter Einwirkung der ganzen Persönlichkeit und Ausbietung aller Kräfte dafür einzutreten und daran mitzuarbeiten, daß Ordnung und Sicherheit im Lande erhalten werden.

Es heißt weiter darin: Auch gilt es — vielleicht vor allem — eine möglichst große Zahl bewußter, deutscher zusammenzubringen, die an die Wiedergeburt glauben und unentnützlich für sie arbeiten wollen; ihnen wollen wir Mittel und Leitung schaffen.

Wir wissen, was wir von dieser Arbeit zu halten haben. Die Herrschaft der Alldeutschen ist die revolutionäre Proletariat hat jetzt zwar dringendere Aufgaben. Aber es verzieht nicht. Es verzieht nicht, daß die Alldeutschen des Weltkriegs und die Kriegshetze bei uns im alldeutschen Lager zu suchen sind: es wird auch die Verschwörer zu finden wissen. Und der Tag des Gerichts wird kommen.

Das Satyrspiel der Revolution.

In der „Deutschen Tageszeitung“ läßt sich eine christlich-keusche Seele über Krieg und Revolution aus. Die Revolution ist ihr das „Satyrspiel“, das der Langobide des Krieges gefolgt ist. Ob die Geistesverwandten dieser frommen Seele dabei viel zu tun haben werden, wird sich erst noch zeigen müssen. Im übrigen jammert der Mitarbeiter des deutschen Agrarierblattes über alle Dingen, weil die Revolution in ihren Folgen „den deutschen Geist“ verderben könnte. Er mag unbesorgt sein: den deutschen Geist wird die Revolution nicht ändern, höchstens den christlich-keuschen Geist. Um das wird es aber auch nicht so sehr schade sein.

Es kann im Augenblick nicht nachgeprüft werden, wie weit diese Redungen der Wahrheit entsprechen und wie weit sie wirklich ein Spiegelbild von der Ordnung der Truppen geben. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Gegner der Revolution sich mit aller Macht auf die heimkehrenden Truppen werfen und sie unter solcher Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse für ihre dunklen Pläne zu gewinnen suchen. Die Regierung sollte Wert darauf legen, sofort durch Vertreter, die sie entsendet, etwaigen Mißverständnissen, die vom Offizierskorps oder von anderer Seite ausgehen mögen, entgegenzutreten. So erfreulich und notwendig es ist, wenn die heimkehrenden Truppen Ordnung und Ruhe halten, so nötig ist es doch auch, daß diese nicht unter dem Vorwand, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung dies erfordert, durch irgendwelche Zwickbrot der Sache der Revolution entzweit werden.

Eine unklare Angelegenheit.

Zu unserer gestrigen Notiz über die Verhaftung des Genossen Bötzing im Reichstag teilt uns der Volksmarine-Verband mit, daß es sich hier um ein Mißverständnis handle. Genosse Doering sei zuerst von der Wache des Schlosses wegen Verletzung von Flugblättern der Gerichtsabteilung festgehalten worden. In der Hauptgeschäftsstelle wurde nach eingehender Rücksprache wegen des Flugblattes zwischen Doering und dem Volksmarine-Verband kein Gegensatz festgestellt. Genosse Doering begab sich auf eine Einladung des Ausschusses zu einer im Reichstag tagenden Vollversammlung. Bei dieser Gelegenheit wurde er von der von dem vorhergehenden Vorgang nichts ahnenden Wache des Reichstags wiederum zur Wache geführt. Der Kommandant Reiterich, der von dem ganzen Vorgang ebenfalls nichts ahnte, verfügte, daß Doering bis zur Klärung der Angelegenheit auf der Wache festgehalten werde. Diese Klärung erfolgte nach einer Stunde und man schied vom Genossen Doering im guten Einvernehmen.

Weiter erklärt der Volksmarine-Verband, daß der Kommandant Reiterich längere Zeit sein Abwehrverhältnis verließ und sich vom ersten Tag der Revolution der Sache der neuen Republik gewidmet habe. Er sei vorgestern einstimmig aus den Reihen der Volksmarine-Abteilung zum Führer gewählt worden, nachdem er vorher dem Ausschuss angehört hatte.

Eine Kundgebung der französischen Partei.

Die „Humanität“ vom 13. November veröffentlicht folgende Kundgebung der französischen Parteilitung:

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Die Sozialistische Partei freut sich über das Ende der Feindseligkeiten, das Vorbild des kommenden Friedens.

Sie begrüßt die deutsche Republik und den Übergang der Macht auf die Arbeiterklasse in Preußen und den Bundesstaaten. Wie in dem Rußland der Sowjets, so erscheint der Sozialismus in ganz Mitteleuropa und überall sonst als der berufene Liquidator der durch den Krieg geschaffenen politischen und sozialen Lage.

So sieht die Partei ihre Hoffnung, die sie während des Weltkriegs nie aufgegeben hat, sich erfüllen.

In Erwägung, daß gewisse Bedingungen des Waffenstillstands beschränken lassen, sie würden den verbündeten Regierungen Veranlassung geben, die verbrecherische militärische Intervention gegen das revolutionäre Rußland weiter auszudehnen, erklärt die Partei, daß sie an alle Kräfte des französischen Proletariats appellieren wird, um zu verhindern, daß der werdende Sozialismus, sowohl in Rußland, wie in Deutschland und in Oesterreich durch Bündnisse fremder Kapitalisten ausgetrottel werde.

Die Partei fordert aufs dringendste die französischen Arbeiter auf, sich ihren Soldaten, ihren sozialistischen Gruppen zu verbünden, die Zeitungen ihrer Klasse zu unterstützen und sich bereit zu halten, um dem Sozialismus in Frankreich und in den anderen Ländern Europas zum Triumph zu verhelfen.

Revolutionäre Gärung in Norwegen.

Die deutsche Revolution erfüllt auch die norwegische Arbeiterbewegung mit neuer Stohkraft. In einer Massenversammlung, die kürzlich in Kristiania stattfand, kündete der Sekretär der Arbeiterpartei den Tag der Revolution an für Norwegen an. Auf diesen Tag müsse man sich vorbereiten. Das militärische Vorgesetzene müsse auf Soldatenrevolten übergehen, und ein Arbeiterrat müsse im gegebenen Zeitpunkt

mit dem Soldatenrat die Regierung übernehmen. „Socialdemokraten“, das norwegische Parteiblatt lehnt den Gedanken einer Wahlreform durch die Volksvertretung ab. Eine Verfassungsänderung in Norwegen könne nicht anders durchgeführt werden als in Deutschland. Die Arbeiterklasse müsse auf revolutionärem Wege die Regierung absetzen und dann selbst die Fäden ergreifen.

Die Entente in Südrussland.

Moskau, 21. November (Mosk.). Die Ententemächte haben einen Aufruf an die Bevölkerung Südrusslands veröffentlicht, in dem bekannt gemacht wird, daß sie ihren Einzug in Südrussland vorbereiten, um in Südrussland wieder die Konstitutionen einzuführen und die Urpopulation des Bolschewismus zu vernichten zu machen und die Bolschewisten und ihre beteiligten Gorden vogelfrei zu erklären. Die Ententemächte erkennen in Rußland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Als solche werden freiwillige Regimenter und die Kosakenregimenter anerkannt. Von allen anderen Organisationen verlangt die Entente die Herausgabe der Waffen.

Amnestie.

Der Justizminister hat folgende Verfügung erlassen: Allgemeine Verfügung vom 23. November 1918 über Gewährung von Straffreiheit.

I. Nach Artikel 6 des Reichsgesetzes vom 12. November 1918 (RGBl. S. 1303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niederzuschlagen. Höhere Ausführungsanordnungen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Strafvollstreckung wegen Straftaten, deren politischer Charakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Taten nicht mehr einzuleiten. Die Strafverfolgungsbehörden haben Verfahren wegen Verurteilungen der in Rede stehenden Art nicht mehr zu betreiben und Anträge auf Aufhebung anstehender gerichtlicher Termine zu stellen.

II. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und bereits angetretene Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Justizminister:
Dr. Spahn.

Bekanntmachung.

Die Beamten und Angestellten, welche sich in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 12. d. M. bereit erklärt haben, ihre amtliche Tätigkeit auch unter den veränderten politischen Verhältnissen fortzusetzen, sind darauf hinzuweisen, daß sie unbeschadet ihrer persönlichen und politischen Gesinnung den Anordnungen der Regierung und der nachgeordneten Behörden Folge zu leisten verpflichtet sind.

Berlin, den 23. November 1918.

Die preussische Regierung.
gez. Hirsch-Ströbel.

Die Gemeindewahlen.

Die preussische Regierung hat angeordnet, daß Ergänzungswahl- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht stattfinden. Dagegen ordnet das sächsische Ministerium bereits Neuwahlen für die Gemeinden an. Die Wahlen erfolgen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen, die Deutsche sind und das 20. Lebensjahr vollendet haben. Der Wahltag muß ein Sonntag sein. Die neuen Wahlen müssen in sämtlichen sächsischen Gemeinden spätestens bis zum 31. Dezember 1918 durchgeführt sein.

Wir hoffen, daß auch im übrigen Reich möglichst bald zur Erneuerung der Gemeindevertretungen geschritten werden kann.

Eine beschlagnahmte Zeitung.

Wie das „Lugabener Tagblatt“ mitteilt, ist das Blatt durch Beschlagnahme in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates übergegangen. Das Blatt erscheint von Montag, den 25. November ab, unter dem Titel „Die Neue Zeit“.

Ein roter Soldatenrat.

In einer kurz besetzten Versammlung in den Sophienkaten wandte sich der neugebildete rote Soldatenrat an die heimkehrenden Frontsoldaten. Genosse Liebknecht sprach über die proletarische Mission der Soldaten. Sie sollten nicht an sich denken, sondern gegen die Feinde der Arbeiterklasse kämpfen. Sie sollten keine Rang-, Versorgungs- und Lohnunterschiede dulden und die Kommandogewalt in Händen behalten. Die Aufgabe der Revolution sei noch nicht erfüllt; sie müsse bis zum Ende der Sozialisierung der Gesellschaft weitergetrieben werden. Vorher dürften die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Macht nicht aus den Händen geben.

Die meisten Disziplinardredner sprachen im Sinne Liebknechts. Rachenstein, der den Standpunkt der Reichssozialisten zu rechtfertigen suchte, konnte bei dem einsetzenden Sturm keine Rede nicht beenden. Die angenommene Resolution forderte einen Soldatenrat für die heimkehrenden Krieger und die Überführung des bestehenden Soldatenrats von allen Offizieren. Ferner wurde gegen die Einberufung der Nationalversammlung Protest erhoben. Mit Beifall wurde auf die Revolution und auf die Vereinigung der Proletarier aller Länder wurde die Versammlung geschlossen.

Parteipresse.

Die bisher als Korrespondenz herausgekommene „Sozialistische Auslandspresse“, die vielen unserer Leser bekannt sein dürfte, erscheint jetzt als Wochenchrift in neuem Gewande und in vergrößerter Umfang unter dem Titel: „Der Sozialist“. Als Herausgeber zeichnet Rud. Brellscheid, als händiger Mitarbeiter G. Bernstein, H. Bloch, S. Dasse, R. Kautsky, A. Stein, D. Ströbel. Die sieben er-

stienene Nummer 47 enthält folgende Beiträge: R. Kautsky, Die ersten Schritte der Revolution. A. Stein, Das deutsche Proletariat und die Revolution. R. Kautsky, Expropriation und Konfiskation. S. Graf, Die Forderung des linken Abenteurers durch die Entente. „Der Sozialist“ kann bei jeder Postanstalt zum Preise von 4 M. vierteljährlich abonniert werden. Einzelnummern zum Preise von 50 Pf. bei den Straßenhändlern und in der Expedition der „Freiheit“.

Die Börse.

In den letzten Julitagen 1914 war Leidenstimmung an der Berliner Börse. Schwache und Halbmadde tumelten und man betete um ein Moratorium. Der Zustand dauerte nicht lange. Dätte man die Kriegsdimensionen und die Kriegsanforderungen gekannt, so wäre seinen Augenblick Depression gewesen. Bald sah die Börse die neuen Spekulationsmöglichkeiten. Die Volkswirtschaft, speziell die Industrie, stellte sich um, die Aktienelder strömten, der „Kreislaut der Milliarden“ begann. Mit ihm eine unerhörte Preistreiberi, unerhörte vielleicht noch als in den Zeiten des Tulpen-Flanells und anderer Marktüberhitzungen. Alles lief mit: vom Millionär bis zum Trosalfenfuhrer wollte jeder an dem bequemen Segen teilnehmen. Die Treiberi jagte die Kurse weit über alles vernünftige Maß hinaus. Der Zusammenhang mit dem Produktionswert ging verloren. Kommende Belastungen wurden nicht berücksichtigt, ein Kriegsende sah man nicht oder wollte man nicht sehen. Man atmete auf, wenn nach fruchtlosen Friedensangeboten der alte Nummer wieder ankam. Die Börse hatte sich schließlich bereit übernommen, „der Kopf der Volkswirtschaft“ vor so wässrig geworden, daß die Katastrophe gar nicht ausbleiben konnte. Alle Sinne auf Preisnotwendigkeiten in der Industrie, auf die Einwirkungen der Inflation usw. waren nicht vorhanden. Nicht nur in Deutschland, auch in den Entente-Ländern und in den neutralen Ländern war die Börse überhitzt.

Vielleicht wäre bei altem Friedensglück der Kursabbau ruhiger verlaufen. Der militärische Zusammenbruch war für die Börse ein klarer Stoß. Die Kurse purzelten. Aber immer noch gab es Hoffnung auf Erholung, weil die Hoffenden das Wesen des Zusammenbruchs nicht erkannten. Von dem Augenblick an, wo dieses Wesen als soziale Revolution deutlich wurde, schwand die Hoffnung. Seitdem sind die Kurse von Tag zu Tag gesunken und selbst kleine Anreize haben sie um 10, 20 und mehr Prozent gedrückt. Die Börse ist insofern nervös geworden. Sie ist in hektischer Frießen- und Anstimmungs. Sie sieht jetzt die sozialen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Das kürzlich noch gestellte Verlangen nach freibirdlichstem Ausleben berührt geradezu komisch. Heute wird wohl kein Börsenvertreter mehr an die Erfüllung dieser Forderung glauben. Die Zeit der unachtemten Aktie, dieser „demokratischen Institution“ mit phantastischen Auswüchsen, ist vorüber. Ob man die Börse kauft oder offen hält, an dieser Tatsache wird nichts geändert. Wie die Sozialökonomie auch aussehen mag, sie wird unter allen Umständen das Ende der unkontrollierten Kapitalherrschaft über die Industrie bedeuten. Damit schwindet das Wesen der modernen Börse die jedem dient, der Kapitalmacht hatte und sie erweitern wollte, und jeden vernichtete, der Kapitalmacht war oder es nicht verstand, sich aus seiner Kapitalmacht durch Spekulationsmethoden zur Kapitalherrschaft aufzumachen. Die Börse muß abgebaut, nicht nur ihre Kurse, sondern ihren Charakter. Es wird in Zukunft keine deutschen Börsen alten Stils mehr geben. So bedeutet der letzte Kurssturz nicht nur eine Vereinfachung zum Zweck des Ausfalls von Kurien und Rentabilität, sondern auch den Beginn einer neuen Umstellung, nämlich der Umstellung auf die soziale Wirtschaft. Die soziale Wirtschaft will in Verankerung einer neuen Wirtschaftsmethoden, Fixierung der Preise, Abschaffung der Konjunkturschwankungen usw. Die Börse könnte höchstens den Charakter einer Rentenermittlung annehmen, soweit man sie überhaupt noch heischen läßt. Wenn heute Nebenvermögen an der Börse verloren werden, so ist das der Spekulationswut anzuschreiben. Verloren worden wäre an der Börse unter allen Umständen, aber katastrophale Verluste wären vielleicht zu vermeiden gewesen, wenn nicht die Kriegseier über alle Preis- und Kursvermutungen hinausgaloppiert wäre.

Letzte Nachrichten.

Verhaftung eines Generals.

Konstanz, 23. November. (Z. N.) Wie die „Konstanzer Zeitung“ meldet, wurde der bekannte bayerische General Kraft von Delmeningen vom Soldatenrat in einem Hotel nahe Elm verhaftet und nach Konstanz gebracht.

Ende der englischen Koalitionsregierung.

Rotterdam, 23. November. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß dem Rücktritt von Clynnes die Demission von mindestens drei anderen Arbeiterministern folgen wird. Das bedeutet das Ende der Koalitionsregierung, soweit die Arbeiterpartei darin vertreten wäre. Die Stellung von Verne, der sich von der Arbeiterpartei getrennt hat, wird in Zukunft sehr schwierig sein.

Der Kampf um Lemberg.

Kraus, 22. November. Die Polnische Telegraphenagentur meldet: Divisiongeneral Roszowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen heute trüd die ganze Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

Noch ein Thronerzicht.

Großherzog Friedrich von Baden hat in einer Kundgebung an das badische Volk seinen Thronerzicht erklärt. Die vorläufige Volksregierung veröffentlichte gleichzeitig eine Erklärung, in der ausgesprochen wird, daß der Großherzog von nun an den Schutz der Republik geniesse.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Kretschmer, Berlin-Blumenstraße 1. Druck der Lindenbrüder- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schillingstraße 12.

A. Wertheim

Knabenkleidung

Kittelanzug aus gemustert. Harch f. 2 Jahre 15.75
jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Blusenanzug m. schwarzer Schleife aus grau meliertem Stoff für ungefähr 3 Jahre 25.00
Jede weitere Größe 1.50 mehr

Schulanzug Schleife aus br. cheviotart. Stoff f. ungef. 5 Jahre 55.00
Jede weitere Größe 3.50 mehr

Sportanzug offene Form aus grün. cheviotart. Stoff für 9 Jahre 75.00
Jede weitere Größe 3.00 mehr

Jakettanzug einr. Rücken mit Gurt u. Fältchen aus grau gemustert. Stoff für 11 Jahre 110.00
Jede weitere Größe 3.50 mehr

Kieler Pyjack m. Armst. aus bl. Stoff warm gefüttert für 3 Jahre 45.00
Jede weitere Größe 3.25 mehr

Herrenkleidung

Herren-Anzüge grau gemustert, mod. Formen 195.00

Herren-Anzüge dunkelblau und grau, teils mit Gurt u. Falten, Umschlaghose 250.00

Herren-Anzüge gute Paßf. 295.00

Herren-Ulster teils a. schwer, teils aus halbschweren Stoffen 285.00

Ulster für junge Herren, dunkel, 115.00 175.00

Anzüge für junge Herren, I- und II-reihig, in grauen Farben, alle Größen 38, 40, 42, 43, durchweg 165.00

Herren-Beinkleider grau gemustert sowie gestreift 68.00 88.00 125.00

Herren-Gehpelze, Sportpelze Militär-Pelze sowie Pelzwesten

in großem Sortiment preiswert am Lager

Wenden und Umarbeiten von Herrengarderobe

Wein

Inklusive Steuer

MOSEL-WEIN 1/2 Flasche

1916 Lieserer Niederberg 7.50
1915 Keiler 9.10
1915 Kinheimer Rosenberg 10.75
1915 Creitnacher Silberberg 16.40

RHEIN-WEIN

1917 Hainfelder 7.20
1916 Osthofener 7.35
1915 Oppenheimer Berg 9.10
1916 Guntersblumer 12.00
1911 Rauenthaler 17.40

DEUTSCHER ROTWEIN

Dürkheimer Rotwein 9.50
1915 Königsbacher Natur Roter 9.30
Oberingelheim. Burgunder 12.00

BORDEAUX-WEIN

1895 Chât Figeac' Orig.-Abzüge 26.25
Chât Lione 22.75

Wermuthwein, Oesterr. Süßwein
Liköre, Spirituosen

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bulowplatz.
Direktion Friedl. Kayssler.
9 Uhr: Keine Vorstellung
7 1/2 Uhr: Der Kirschgarten.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
9 1/2 Uhr: Hamlet.
7 Uhr: Faust I.
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Gespenst.
7 Uhr: Der Sohn.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1. Port. 5
7 1/2 Uhr: Frühlingserwachen
Trianon-Theater.
Bbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391.
Tägl. 8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Dir. Carl M. Inhard-Rud. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzerstr.
1/8 Uhr

Erdgeist Komödienhaus

1/8 Uhr
Die tanzende Nymphe
Berliner Theater
1/8 Uhr:
Stern, die wieder leuchten

Wintergarten

Das grosse
Spezialitäten-Programm
Anfang 7/8 Uhr.

Mandolnverein „Allegro“
tägt jeden Montag Kaiser-
straße 41, 8 Uhr. Mandol-
linen- und Gitarren-Noten-
spieler willkommen.

Kolporteur
für gangbare Agitations-
schriften verlangt
A. Hoffmann,
Blumenstraße 22.

Kontokorrentverwalter,
durchaus tüchtig sowie in sämtl.
Kontorarbeit, vertraut mit russ-
russ-polnisch u. vielfähr. Praxis,
m. ersten Zeugn. u. Referenz, sucht
Stellung.
Burastraße 29, Zimmer 43.

Bildhauer
gesucht
Kristeller,
Fabrik für künstliche Glieder,
Havenstraße 54.

Zeltungstraßen
früh und nachm. bei hohem
Lohn sucht Neumann,
Grünstraße 21, 1.

Zum Austragen der „Freiheit“

werden Frauen eingestellt.
Meldung möglichst sofort.
Neukölln, Nekarstraße 3,
im Laden.

Revolutions-Postkarten
illust. zeit-emb. schlag-
ende Witzkarten, un-
begrenzter Massenabsatz für
Straßenhändler.
Großer Verdienst.
Walter Kuhn, Berlin SW II,
Schönebergerstrasse 9/10.

Anarchisten! Sozialisten! Öffentliche Versammlung

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr
Sophienstrasse 34
(an der Grossen Hamburger Strasse).

Tagesordnung:
Anarchismus und die gegenwärtige
Situation.
Ref.: Berthold Cahn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Eichenstrasse 87-89.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Montag, den 25. November 1918,
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

Norden: Pharisäer, Müllerstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Büttner's Festhale, Schwedter Straße 21, abends 8 Uhr.
Norden: Viktoria-Garten (Friedrichshagen), Badstr. 12, abends 8 Uhr.
Moabit: Sands Festhale, Beusselstraße 9 abends 8 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 4, abends 8 Uhr.
Westen: Schauberg, Steinhilf: Kaiser-Wilhelmgarten, Friedenau, Rheinstraße 66, abends 8 Uhr.
Osten und Nordosten: Andreas-Festhale (Rud. Scholz), Andreasstraße 21, abends 8 Uhr.
Lichtenberg und Sirena-Rummelsburg: Blume, Alt-Verhagen 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 8 Uhr.
Südendbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, abends 8 Uhr.
Neukölln: Ideal-Festhale, Reichsstr. 9, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Lehnhards, Tegel, Berliner Straße 84, abends 8 1/2 Uhr.
Oberhähnchenweide, Niederhähnchenweide, Johannisthal u. Rummelsburg: Restaurant Warnede, Oberhähnchenweide, Wilhelmshofstr. 18, abends 8 Uhr.
Spandau: Steinweg, Schwandstraße 8, abends 5 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Lehmann, Cöpenick, Vahnhofstraße 44, abends 8 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Berichterstattung von der außerordentl. Generalver-
sammlung.
2. Stellungnahme zu der am 8. Dezember 1918 festzu-
setzenden ordentl. Generalversammlung der Verwal-
tungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 25. November 1918, abends 8 Uhr: Grosse öffentliche Volksversammlungen

Gewerkschaftshaus, Engel Ufer 15,
Böker, Weberstraße 17,
Königsbank, Gr. Frankfurter Strasse, 117,
Urania, Wrangelsstrasse 10-11,
Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Strasse,
Bölow Brauerei, Prenzlauer Allee 242,
Pharus-Säle, Müllerstrasse 142,

Tagesordnung:
Die Revolution und unsere Aufgaben.
Referenten: Barth, Büchner, Dittmann, Haase,
Jäckel, Ledebour, Zieg.
Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend
Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Friedrichshagen 10023, 3578. Bureau: Hungenstraße 10

Bezirks- u. Branchen-Versammlungen
Zirkler des Bezirks Osten.

Montag, den 25. November,
gleich nach Feierabend, in den „Festhällen des Ostens“
Frankfurter Allee 48.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Der 14. Bundestag.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zirkler, Bezirk Süd und Südost.
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr,
im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 144.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Der 14. Bundestag.
3. Verbandsangelegenheiten.

Stellmacher.
Donnerstag, den 28. November, abends 8 Uhr,
im „Rosenhofer Hof“, Rosenhofer Str. 11/12.
Nahmenmacher.
Montag, den 25. November, abends 8 Uhr,
bei Wählich, Schlichter Str. 21.

Ramm- und Saarhämmerarbeiter.
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr,
im „Stabens Bierhaus“, Reichshofstr. 24.
Tagesordnung:
1. Die Beteiligung in den Verhältnissen nach der Ver-
ordnung.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Vergoldter.
Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr,
im Verbandshaus, Rungelstr. 30.
Tagesordnung:
1. Die Aufgaben der gegenwärtigen Situation.
2. Branchenangelegenheiten.

Öffentliche Korbmacher-Versammlung
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Soal 5.
Tagesordnung:
1. Wie gestalten sich unsere Arbeiterverhältnisse in
Friedenszeit. Referent: Kollege Brückner.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Branchenangelegenheiten.

U.S.P. Schöneberg
Sonntag, den 24. November, vormittags 11 Uhr
Öffentl. Volksversammlung
mit Frauen.
Vortrag: Wohin steuern wir?
Freie Aussprache.
Weritätliges Volk, erscheint in Massen

KAMMER
LICHTSPIELE
Potsdamer Platz

Söhne des Volkes
Film der Zeit von Ole Olsen und
S. Michaels mit
Gunnar Tolnaes
Vorführungen pünktlich 6 und 8 Uhr.

Beethovensaal. Mittwoch, 27. November, 8 Uhr:
Colin Ross
„Unsere Revolution heute und morgen.“
Karten: 4, 3, 2, 1 M. bei Bote & Bock, Wertheim.

Beethovensaal. Freitag, 29. November, abends 7 1/2 Uhr:
HANS VORST
„Die bolschewistische Gefahr.“
Auf Wunsch mit anschließender Diskussion.
Karten: 4, 3, 2, 1 M. bei Bote & Bock, Wertheim.

Internationale Kommunisten Deutschlands.

Dienstag, d. 26. November, abends 8 Uhr:
! Große öffentliche Volksversammlung !
in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142
Tagesordnung:
Was wollen wir Kommunisten?
Referent: Julian Borchardt
Freie Aussprache.
Der Einberufer.
E. Matusch.

Stempel u. Schilder
Verl.-Abz. Löhrg,
Reuterstraße 17.

Photoapparate! Kinoappa-
rate! Ernst Brückner.

Inserate
finden in der
„Freiheit“
weiteste Verbreitung!
Bestellungen nimmt entgegen
Verlag der „Freiheit“
Berlin NW. 6.
Schiffbauerdamm 13.